

Bezugspreis:
Vierteljährlich 3. — M., monatlich 1. — M., frei ins Haus, portofrei zahlbar. Postbezug: Monatlich 1. — M., einjährig 10. — M., halbjährig 5. — M., einsemestrig 3. — M., eintrimestrig 2. — M., einmonatlich 1. — M. (alle Preise für Deutschland, Danzig, das Saar- und Rheinland, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Österreich, Ungarn und Luxemburg). — M. für das übrige Ausland 2. — M. Postbestellungen nehmen an Österreich, Ungarn, Tschechien, Estland, Litauen, Lettland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Zeit und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Erziehung und Kleingarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Redaktion Moritzplatz 151 95-97
Expedition Moritzplatz 117 53-54

Donnerstag, den 6. Oktober 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigenteilung Moritzplatz 117 53-54

Anzeigenpreis:

Die unregelmäßigen Anzeigenpreise sind: 1. — M. „kleine Anzeigen“ das ist gedruckt Wort 2. — M. (auflage zwei gedruckt Worte), jedes weitere Wort 1. — M. Stellensuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 1. — M., jedes weitere Wort 60 Pf. Weris über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnement Seite 120 M. Die Preise verstehen sich einschließlich Steuerungsgebühr.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geschäftszeit von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Frankreich und Oberschlesien.

Obwohl der Völkerbund in der oberschlesischen Frage noch keine Entscheidung gefällt hat, werden doch hier und da Nachrichten über seine Haltung verbreitet, die zu Beforgnissen Anlaß geben. Es scheint, als ob man sich über die Auffassung der deutschen und der polnischen Oberschlesier, wonach zum allermindesten das Zentralgebiet unteilbar ist, hinwegsetzen und sogar eine Teilung des Industriegebietes vorschlagen will. Wenn das der Fall ist, so würde der französische Plan, der entgegen dem Abstimmungsergebnis möglichst viel den Polen zuschlagen will, die Oberhand gewonnen haben. Es ist daher notwendig, erneut darauf hinzuweisen, daß Frankreich in der oberschlesischen Frage nicht als Richter oder als Sachwalter der Völkerbundpflichten, sondern als Interessent auftritt. In dem im Frühjahr 1920/21 abgeschlossenen französisch-polnischen Handelsvertrag hat Frankreich das Recht erhalten, bei einer Liquidation deutscher Bergbauunternehmungen, durch die die Entscheidung des Obersten Rates an Polen fallen würden, sich mit 49 Proz. zu beteiligen. Auch die übrigen 51 Proz. behält Polen nicht als Staatseigentum, sondern sie können innerhalb des Freistaates an Beteiligte käuflich überlassen werden. Damit hat Frankreich die Möglichkeit, sich die Herrschaft über den Teil der oberschlesischen Montanindustrie zu sichern, der etwa an Polen fallen könnte.

Demnach befindet sich Frankreich in der Rolle des bestochenen Richters, der an dem Schicksal eines Prozeßführers persönlich interessiert ist. Diese Tatsache sollte der Völkerbund nicht außer acht lassen, wenn er die französisch-polnischen Ansprüche richtig würdigen will.

Der Völkerbund hat Zeit.

Genf, 4. Oktober. (WZ.) Die Völkerbundsversammlung nahm den Antrag der Ersten Kommission (Rechts- und Verfassungsfragen) an, der die Beratung des argentinischen Antrages auf Abänderung des Artikels 1 des Pactes auf das nächste Jahr verschiebt. In der Debatte sprachen die Delegierten von Uruguay, Chile und Spanien. Sie drückten der argentinischen Republik ihre Sympathie und die Hoffnung aus, daß Argentinien künftig wieder an dem Völkerbundwerke teilnehmen werde. Gleichzeitig verliehen sie ihrem Verständnis für das Ideal Ausdruck, das dem argentinischen Antrage empfehlenswert, denn die Lösung dieses Problems müßte von der Autorität des Völkerbundes getragen sein. Er kam im übrigen noch einmal auf seine große Rede vom Sonnabend zurück und erklärte, wie schon früher, daß

Frankreich grundsätzlich der Aufnahme Deutschlands nicht feindlich gegenüberstehe, daß Frankreich aber nicht auf Artikel 1 des Pactes verzichten könne, der die Einhaltung der übernommenen Verpflichtungen fordert.

Wohin diese Verpflichtungen führen, hat Lloyd George eben dargelegt.

Am 12. Oktober soll eine Abordnung des Völkerbundes in Wien eintreffen, um zu prüfen, ob Wien ständiger Sitz des Völkerbundes werden könnte. Das wäre sehr nützlich — er könnte dort gründlich studieren, was seine Gründer in Versailles und St. Germain angestrichelt haben.

Schlusssitzung.

Genf, 5. Oktober. (EE.) Die Völkerbundsversammlung hat in ihrer heutigen Schlusssitzung noch die Anträge der Kommission über die Verteilung der Kosten erledigt. Von südslawischer Seite wurde gerügt, daß die Kommission bei der Verteilung der Kosten keinerlei Rücksicht auf die valutochwachen Länder genommen habe und eine Neuverteilung der Kostenverteilung verlangt. Der kolumbische Delegierte Restrepo wandte sich lebhaft gegen die ewigen Forderungen der Versammlung am Völkerbundsplatz. Man dürfe nicht immer an dem, was einmal beschlossen sei, herumlabornieren. Präsident van Karnebeek (Holland) schloß die Versammlung mit einer Ansprache, die in nüchternen, von Optimismus getragenen Worten meinte, daß der Bund seine Lebensfähigkeit bewiesen habe. Die Versammlung bereitete ihrem Präsidenten eine Ovation.

Polnisches Recht.

Dromberg, 5. Oktober. (ZL) Seit etwa zwei Wochen erhebt die Bromberger Stationskassa von den deutschen Abwanderern 6000 M. als „Kollektionsgebühr“. § 3 des „Wandererbesuchsvertrages“ befragt ausdrücklich, daß den Auswandernden kein Ausfuhrzoll auferlegt werden darf. Aber bitte, ist denn eine Revisionsgebühr ein Zoll?

Internationale Arbeitskonferenz.

Genf, 5. Oktober. (WZ.) Zu der am 25. Oktober hier zusammen tretenden dritten internationalen Arbeitskonferenz wurden 52 Staaten eingeladen, darunter auch Deutschland. Nach dem Versailler Artikel 389 darf jeder eingeladene Staat zwei Regierungsvertreter und je einen Vertreter der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber entsenden, welche von technischen Beratern begleitet sein können. Die deutsche Abordnung soll 40 Mitglieder zählen. Zu grundsätzlich wichtigen Auseinandersetzungen dürfte die Frage der Arbeitszeit in den landwirtschaftlichen Betrieben führen. Die französische Regierung hatte auf Grund des Versailler Artikels 402 dagegen protestiert, daß diese Frage auf die Tagesordnung gesetzt würde. Da das Problem aber andere Länder interessiert, soll sie auf der Tagesordnung gelassen werden.

Horthy-Justiz.

Budapest, 5. Oktober. (WZ.) Im Liza-Prozess wurde heute das Urteil verkündet. Der Gerichtshof hat Paul Keri der Mordtötung zum Tode und Goertner der Mithschuld schuldig befunden. Keri wurde zum Tode, Goertner zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt. Jenyes und Vago wurden freigesprochen. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß die Beurteilung mit der Ermordung Lizas, die durch Uniformierte geschah, etwas zu tun haben, aber Keri und Goertner stehen Karolhi nahe, dem ersten und einzigen Präsidenten der Republik Ungarn, und das muß er vor der Isp. ung. Justiz büßen. Wir behalten uns vor, auf das Urteil noch zurückzukommen.

Deutschösterreichs Elend.

Wien, 5. Oktober. (WZ.) Das Ernährungsministerium sieht sich veranlaßt, die staatliche Fleischbewirtschaftung einzustellen, da das amerikanische Gefrierfleisch sich bei dem gegenwärtigen Dollarkurs auf rund 1000 Kronen für das Kilogramm stellen würde. Die Regierung müßte also bei jedem Kilogramm über 700 Kronen zuschießen.

Der Fall Schön.

Hamburg, 5. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Bürgerrechtsdebatte über die Außerdienstsetzung des Generalstaatsanwalts Schön durch die Senate der drei Hansestädte hat im Hamburger Parlament zu einer durch zwei Sitzungen ausgedehnten Debatte geführt, der zwei Entschleifungen zugrunde lagen, die ein Mißtrauensvotum für den Hamburger Senat bedeuteten. Die Aussprache endete am späten Abend, nachdem Senator Genosse Krause an Hand erdrückender Beweismaterialien über die wilhelminische Klassenjustiz die Reaktionen zum Schweigen gebracht hatte, mit der namentlichen Abstimmung über die eingegangenen Anträge. Angenommen wurde folgender sozialdemokratisch-demokratischer Antrag: „Die Bürgerschaft erkennt das Vorgehen des Senats gegen den Generalstaatsanwalt Dr. Schön als berechtigt und notwendig an. Sie erwartet, daß der Senat auch fernerhin alle amtlich zulässigen Maßnahmen ergreifen wird, die geeignet sind, die staatliche Autorität zur Geltung zu bringen.“ Der erste Satz dieses Antrags wurde mit 90 gegen 41, der zweite mit 82 gegen 10 Stimmen angenommen. Vor der Abstimmung über den zweiten Satz flüchtete die Rechte. Die Mißtrauensanträge waren damit abgelehnt.

Der Hamburger Buchdruckerstreik.

Hamburg, 5. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Hamburger Buchdruckerstreik geht weiter. Die bürgerlichen Blätter geben weiter immer noch lediglich ihr gemeinsames Nachrichtenblatt heraus. Nur das „Hamburger Tageblatt“, eine seit dem 1. Oktober erst bestehende deutsch-monarchistische Zeitung, hat heute die Forderungen der Streikenden bewilligt, um während des Streiks politische und andere Geschäfte zu machen.

Eisenbahnunglück in Paris.

Paris, 5. Okt. (ZL) Eine furchtbare Eisenbahnkatastrophe hat sich heute abend um 3.15 Uhr in Paris ereignet. Ein Personenzug ist in dem Tunnel von Batignolles in nächster Nähe des Bahnhofes mit einem Extrazug zusammengestoßen. Infolge der Heftigkeit des Zusammenstoßes sind die Gasbehälter in den ersten Wagen des Zuges explodiert. Das Feuer brechete sich mit großer Schnelligkeit aus, um 6.20 Uhr stand die Hälfte des Zuges in Flammen und die Lokomotive explodierte. Von 21 Waggons sind 16 völlig verbrannt. Die Passagiere versuchten aus dem Zuge herauszuspringen und zu flüchten. Bisher ist bekannt, daß vier Reisende umgekommen sind, darunter ein kleiner Knabe. Die Zahl der Verwundeten wird auf 50 geschätzt. 20 Schwerverwundete sind bereits in das Hospital eingeliefert. Infolge der großen Hitze, die die in Flammen stehenden Wagen ausströmen, ist es unmöglich, sich ihnen zu nähern.

Der südslawisch-albanische Konflikt. Der Ministerrat in Belgrad hat beschlossen, starke Truppenkontingente gegen Albanien zu senden und die Jahrgänge 1918-1920 einzuberufen.

Zum Görlitzer Beschluß.

Von Bernhard Krüger.

Wir veröffentlichen nachstehenden Artikel gerne, weil er in klarer Zusammenfassung die Gründe darstellt, die zur Annahme des bekannten Beschlusses der Berliner Funktionärerversammlung führten. Damit deckt er zugleich die Quelle der Mißverständnisse auf. Der Parteitag hat nicht einem etwa abgeschlossenen Pakt mit der Volkspartei seinen Segen erteilt, sondern er hat dem Parteivorstand nur die Freiheit gegeben, auch nach dieser Richtung zu unterhandeln. Diese Verhandlungen waren vom Reichstanzler Dr. Wirth und seiner Partei sowie von den Demokraten dringend gewünscht worden. Die befürchtete Wirkung einer Erweiterung der Kluft zwischen Sozialdemokraten und Unabhängigen ist nicht eingetreten. Redaktion d. „Vorwärts“.

Der Görlitzer Parteitag hat mit überreicher Majorität einen Beschluß gefaßt, der es ermöglichen soll, eventuell mit der Deutschen Volkspartei eine Koalitionsregierung einzugehen. Erweckt der Beschluß schon an und für sich ein lebhaftes Echo in den Mitgliederkreisen, so noch weit mehr die Art der Verhandlung und der Entscheidung auf dem Parteitag selbst. Bei der so wichtigen Frage hätte man unbedingt der Mitgliedschaft Gelegenheit geben müssen, Stellung zu nehmen, zumal ja der Gedanke einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei nichts Neues ist. Man hat unter gewissen Mindestbedingungen jeder Partei die Möglichkeit offen gelassen, mit der Sozialdemokratie eine Regierung zu bilden. Die bürgerliche Presse ist von diesem Beschluß entzückt. Die Mitglieder der Partei sind wie vor den Kopf geschlagen und es muß endlich einmal gesagt werden, was ist. Wollte man diese Frage in Görlitz zur Entscheidung bringen, dann war es Pflicht des Parteivorstandes, den Mitgliedern vorher Gelegenheit zu geben, die Frage ausgiebig zu besprechen, zumal fast sämtliche Bezirke mit Ausnahme eines einzigen sich strikte ablehnend gegenüber einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei verhielten.

Nach der Ermordung Erzbergers war es der Arbeiterschaft zum Bewußtsein gekommen, daß endlich einmal die Spaltung beseitigt werden müsse. Ganz besonders waren es die Arbeiter der SPD, sowohl, als auch der USP, bei denen sich eine starke Annäherung bemerkbar machte. Die Ausführungen der unabhängigen Presseorgane, besonders der Berliner „Freiheit“ gegenüber der Koalitionsregierung, ließen vermuten, daß die unabhängige Partei über kurz oder lang bereit sei, eventuell auch mit bürgerlichen Parteien in die Regierung einzutreten.

Auf dem Verbandstage des Metallarbeiterverbandes in Jena setzte sich der Gedanke der Einigung mehr und mehr durch, und es war zu hoffen, daß, nachdem in der größten Gewerkschaft der Welt die beiden sozialdemokratischen Fraktionen zu gemeinsamer Arbeit sich die Hand gereicht hatten, auch in politischer Beziehung eine Einigung bald erfolgen würde.

Befriedigt lehrten die Delegierten aus Jena zurück und vertrauensvoll blickte die Arbeiterschaft nunmehr nach Görlitz, in der Hoffnung, daß auch hier ein entscheidender Beschluß gefaßt würde, der die Einigung des Proletariats fördern würde. Allein der Beschluß betr. Zusammenarbeiten eventuell mit der Deutschen Volkspartei hat zweifellos wie ein kalter Wasserstrahl gewirkt. Unter allen Umständen hätte der Versuch gemacht werden müssen, die Regierung zu verbreitern, aber nicht nach rechts, sondern nach links, und die Entwicklung machte m. E. bei der USP. gute Fortschritte. Oft genug hat der „Vorwärts“ sowohl als auch im allgemeinen die sozialdemokratische Presse betont, daß ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei einfach unmöglich sei, weil sie grundsätzlich auf dem Boden der Monarchie stehe und zweitens, weil sie es abgelehnt habe, das Ultimatum von London zu unterschreiben. Jeder war damit überzeugt, daß ein Zusammengehen mit der Volkspartei die Restaurierung der Unabhängigen Partei bedeuten würde. Glaubt denn jemand im Ernst, daß die Deutsche Volkspartei im Innern ihres Herzens die sogenannte Mindestforderung unterschreiben wird, und wenn es geschieht, so wird sie von dem Grundgedanken ausgehen, daß nichts so heiß geessen, wie es gefochert wird.

Wir müssen endlich zu einer Einigung innerhalb des Proletariats kommen, soll nicht all das, was in jahrzehntelanger Arbeit aufgebaut, wieder in Trümmer gehen. Den Einigungsbefrebungen hat man zweifellos mit dem Beschluß keinen guten Dienst erwiesen und schon machen sich auch die politischen Wirkungen des Beschlusses bemerkbar. Eine struppige Hecke steht gegen das Ministerium Wirth ein, weil die Deutsche Volkspartei unter allen Umständen ein Interesse daran hat, innerhalb der deutschen Reichsregierung die Interessen ihrer Klasse vertreten zu können. Hier kann es keine Arbeitsgemeinschaft zwischen uns und ihnen geben. Das Ministerium Wirth erfüllt längst nicht das, was die deutsche Arbeiterschaft von ihm erwartet. Würde die Deutsche Volkspartei mit in die Reichsregierung aufgenommen, so würden wir zu den Forderungen nach dem Rapp-Putsch neue Forderungen

nach dem Nord Erzbergers zu Grabe tragen können. Für unsere Parteigenossen heißt es nun, jenen Beschluß so schnell wie möglich wieder rückgängig zu machen. Das geschieht nicht, indem man der Partei den Rücken lehrt, sondern indem man versucht, der Meinung zum Durchbruch zu helfen, und ich bin überzeugt, daß die Mehrheit der Parteigenossen im Lande den Beschluß des Görlicher Parteitages nicht gutheißen wird. Kampf gegen eine Koalition mit der Volkspartei bis zum äußersten. Der Weg, der in Sena betreten, in Görlich gehemmt wurde, muß weiter beschritten werden. Unser Ziel muß sein: Proletariat einigt Euch! Einigt Euch ohne Rücksichtnahme auf die bürgerlichen Parteien. Mögen auch die Mitglieder der Unabhängigen Partei dafür sorgen, daß praktische positive Arbeit von ihren Führern geleistet werden muß. Beschließt dieses, dann wird der Beschluß des Görlicher Parteitages eine Episode sein und nie zur Anwendung gelangen. Hoffen wir, daß dieser Wunsch in Erfüllung gehen wird.

Der Notenwechsel der Parteien.

An die Vorstände der Reichstagsfraktionen des Zentrums und der Demokraten richtete der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 3. Oktober folgendes Schreiben:

Wie die Vertreter meiner Partei in der gestrigen interfraktionellen Besprechung bereits mündlich mitgeteilt haben, hat die Zentrumsfraktion und Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands durch Schreiben vom 1. Oktober d. J. auf Anfrage, ob und unter welchen Bedingungen die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands bereit wäre, in das Kabinett Wirth einzutreten, geantwortet, daß sie vor Beantwortung dieser Frage ihrerseits fragen müsse, ob alle Koalitionsparteien bereit seien, mit den Unabhängigen eine Regierung zu bilden, welche die Durchführung einer Reihe von Forderungen als ihr Mindestprogramm betrachte. Die in Frage kommenden Forderungen sind in dem Briefe der Unabhängigen im einzelnen angeführt. Wir fügen Ihnen einen Abdruck dieses Briefes in der Nummer des „Vorwärts“ vom 2. Oktober bei.

Wir brauchen Ihnen nicht besonders zu versichern, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands auf eine Verbreiterung der Koalition durch Einbeziehung der Unabhängigen den größten Wert legt. Wir bitten Sie deshalb, uns so bald als irgend möglich mitzuteilen, ob Sie grundsätzlich bereit sind, die Unabhängigen in die Koalition einzubeziehen, und ob Sie gewillt sind, die in dem Briefe der Unabhängigen vom 1. Oktober aufgestellten Forderungen in das Regierungsprogramm aufzunehmen.

Hermann Müller.

Namens der Reichstagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei hat Reichsminister a. D. Koch diese Anfragen mit folgendem Schreiben vom 4. Oktober erwidert:

Auf Ihre gest. Anfrage erwidern wir ergebnislos: Die demokratische Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß die Verantwortung für das Schicksal unseres Volkes auf möglichst breite Schultern zu legen ist. Sie lehnt die Mitwirkung keiner Partei ab, die sich in der Not des Vaterlandes zu dem Entschluß durchringt, auf dem Boden der Weimarer Verfassung an der Wiederaufrichtung unseres staatlichen und wirtschaftlichen Lebens mitzuarbeiten. Ohne sich von der Haltung einer Partei in der Vergangenheit beeinflussen zu lassen, prüft sie die Garantien, die die Partei für die Zukunft zu geben hat und den Wert ihrer Mitwirkung für das Gelingen der uns bevorstehenden Aufgaben.

Aus diesem Grunde bitten wir vor Eintritt in weitere Verhandlungen um Ausklärung über folgende Hauptpunkte:

1. Zu den Programmpunkten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei hat bisher die Befestigung der Demokratie durch die Rätepublik gehört. Die Herbeiführung der Rätepublik auf gewaltlosem Wege ist von ihr als gegenwärtig inopportun bezeichnet, aber für die Zukunft nicht abgelehnt. Ist es der Sozialdemokratie bekannt, ob die Unabhängige Sozialdemokratische Partei bereit ist, Erklärungen dahin abzugeben, daß sie auf die Einführung der Rätepublik auf dem Wege der Gewalt verzichtet?

2. Die Verstärkung der Regierung durch Eintritt der Deutschen Volkspartei ist zur Gesundung unserer Finanzen von unbestreit-

barem Wert. Ist es der Sozialdemokratie bekannt, ob die Unabhängige Sozialdemokratische Partei bereit ist, an einer Koalition unter Einbeziehung der Deutschen Volkspartei teilzunehmen?

Die schon erwähnte Antwort des Zentrums ist von dem Fraktionsvorsitzenden Marg unterzeichnet und hat folgenden Wortlaut:

Auf das geehrte Schreiben vom 4. d. M. betr. die Einbeziehung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in die Koalition erlaube ich mir, namens des Vorstandes der Zentrumsfraktion des Reichstages zu erwidern, daß, wie allgemein bekannt ist, innerhalb der gegenwärtigen Regierung bereits Verhandlungen über die Erweiterung der bestehenden Koalition durch Einbeziehung der Deutschen Volkspartei im Gange sind. Auf die von Ihnen an uns gerichtete Anfrage über die Geneigtheit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, der Koalition beizutreten, kann deshalb erst dann eine Antwort von uns gegeben werden, wenn vorher feststeht, ob die Unabhängige Sozialdemokratische Partei auch einer solchen Erweiterung der Koalition nach rechts zustimmt, und ob sie bereit ist, auch ihrerseits die nötigen Voraussetzungen dazu zu schaffen.

Niemand wird erwarten, daß diese Briefschreiberei noch zu einem positiven Ergebnis führt. Die Scherzfrage der Demokraten nach der Unabhängigen Rätepublik ist zwar sehr neckisch, führt aber vom Verhandlungsgegenstand weit ab. Sie dient ebenso wie die gleichartige Frage beider Parteien nach der Geneigtheit der MSP, sich mit der Volkspartei zu koalieren, nur dem Zweck, in höflicher Form zu verfehlen zu geben, daß wohl die Verbreiterung nach rechts gewünscht werde, aber nicht die nach links. Damit wird auch klar, daß der Beschluß der Demokraten vom 13. September, der eine Koalition auch mit den Unabhängigen in den Bereich des Möglichen rückt, eine leere Geste war. Unter diesen Umständen ist nicht abzusehen, wie zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien eine Einigung über die Verbreiterung der Koalition erzielt werden soll.

Strefemann wartet ab.

Auf der Tagung des Geschäftsführenden Ausschusses der Deutschen Volkspartei am 3. Oktober in Berlin berichtete Dr. Strefemann über die bisher gepflogenen Verhandlungen. Als Ergebnis sei festzustellen, daß sich außenpolitisch und innenpolitisch sehr wohl ein sachliches Programm aufstellen lasse, das von der Volkspartei bis zur Sozialdemokratie vertreten werden könne. Es lasse sich dieses Gemeinschaftsprogramm auch auf die Steuerfragen ausdehnen, wenn die Sozialdemokratie sich dazu entschließen würde, einseitigen noch gemachte Vorbehalte lassen zu lassen, und wenn insbesondere abgewartet werde, welchen Verlauf die weiteren Verhandlungen der Regierung mit den Wirtschaftskreisen über die freiwillige Beschaffung ausländischer Geldmittel nehmen würden. Solange eine Klarstellung hierüber nicht erfolgt sei, müsse auch von weiteren offiziellen Verhandlungen in der Frage der Koalitionserweiterung Abstand genommen werden. Wenn die Deutsche Volkspartei an der Auffassung festhalte, in ein Kabinett mit der Sozialdemokratie einzutreten, sofern sich eine Einigung auf ein sachliches Arbeitsprogramm erzielen lasse, so werde sie dazu einzig und allein bestimmt durch die Erwartung, dadurch eine Stabilisierung unserer Verhältnisse im Reich und in den Ländern zu erreichen, die für eine langsame Erholung eine unbedingte Voraussetzung sei. Bei dieser Sachlage dränge sie ihrerseits aber nicht auf sofortige Entscheidung, vielmehr warte sie in aller Ruhe die weitere Entwicklung ab.

In der Aussprache, an der sich zahlreiche Abgeordnete beteiligten, stimmten sämtliche Redner Dr. Strefemanns Darlegungen zu. Dr. Reibig unterstrich dabei namens der preussischen Landtagsfraktion ebenfalls die Auffassung, daß die Regierungsbildung in Preußen und im Reich gleichzeitig vorgenommen werden müsse.

Polizeipräsident Cöbbering bleibt. Die Nachricht der „Freiheit“, daß der preussische Minister des Innern Dominicus den Königsberger Polizeipräsidenten Häbbering zur Disposition gestellt habe, weil er bei einer Kundgebung am 31. August in einer Rede seine Verhältnisse überschritten habe, entspricht, wie wir hören, nicht den Tatsachen.

Unsern Forderungen für Preußen.

Die Sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages stellt am Mittwoch folgende Forderungen für das Regierungsprogramm einer Koalitionsregierung:

1. Anerkennung der Verfassung der Republik.
2. Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes des Volkes in Staat und Gemeinde.
3. Demokratisierung der Verwaltung und Republikanisierung der Polizei.
4. Sicherung und Ausbau der sozialen Gesetzgebung.
5. Forderung einer grundlegenden Justizreform.
6. Schaffung eines zeitgemäßen Disziplinargesetzes.
7. Schärfste Heranziehung des Besitzes zum Ausgleich des Staatshaushaltes.

Zußerdem sollen, wie die SPD, hüten, Demokraten und Zentrum die Absicht haben, die Frage der Kronabfindung und ihre endgültige Regelung bei den gemeinsamen Besprechungen über das neue Regierungsprogramm zur Sprache zu bringen.

Dominicus und die Orgeßch.

Die Freikorpsbänden in Schlesien.

Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages hat am Mittwoch eine Interpellation an Innenminister Dominicus wendet. Es wird eine klare Auskunft von ihm verlangt, ob die (im „Vorwärts“ veröffentlichte) eidliche Aussage des früheren Breslauer Polizeipräsidenten Geheimrat Liebermann der Wahrheit entspricht. Liebermann hat bekanntlich bekundet, daß er den Brief, in dem der Orgeßch zum Zwecke ihres Fortbestehens eine Änderung ihrer Statuten angetragen wird, im direkten Auftrage des preussischen Innenministers geschrieben habe.

In diesem Zusammenhange sind auch Mitteilungen von Interesse, die der „Soz. Korr.“ von besonders informierter Seite aus Breslau zugehen. In diesen Mitteilungen heißt es:

Gegen den dritten polnischen Aufstand in Oberschlesien mußte sich bei dem völligen Versagen des Entente-Schutzes die deutsche Bevölkerung Oberschlesiens mit den Waffen schützen. Zahlreiche vom Terror bedrohte oder vertriebene Oberschlesier eilten zum ober-schlesischen Selbstschutz, allen voran deutsche Arbeiter; die Besetzung Mittel-schlesiens schloß sich mit roter Latroste der Abwehraktion an. Unglücklicherweise fiel in diese Zeit der Rücktritt des preussischen Innenministers Seeering und der Amtsantritt seines „demokratischen“ Nachfolgers Dominicus. Obwohl ausdrücklich gewarnt, ließ Dominicus zu, daß Freikorpsleute, Baltikumer und andere monarchistische Verschwörer in Scharen nach der Etappe des ober-schlesischen Kampfgebietes strömten und sich dort festsetzten. Als über den Kopf des preussischen Innenministers am 5. Mai 1921 der Reichspräsident diesen höchst unerwünschten Zug verbot, war der schlimmste Schaden bereits angerichtet. Sehr bald stellte sich heraus, daß diese verweilerten Kriegssoldaten, die um keinen Preis mehr einen bürgerlichen Beruf ausüben wollen, eine Gefahr lediglich für die deutsche Bevölkerung Oberschlesiens und die Sicherheit der Republik darstellten. Unter dem Druck der Entente sah sich der preussische Innenminister gezwungen, allmählich für die Entfernung dieses Freikorpsvolkes von der ober-schlesischen Orange zu sorgen. Aber bei der Energielosigkeit des Herrn Dominicus gegen die Rechtsboschhaftigkeit in Ober-schlesien noch heute ein Putzschäfer, der seine Gefahren über ganz Preußen ausstrahlt.

Obwohl seit dem 20. September die Freikorpsleute, die sich inzwischen in militärische Arbeitsgemeinschaften umgewandelt hatten, aus Schlesien entfernt sein sollen, sind sie dort noch immer stark vertreten und rauben und plündern weiter.

Die Organisationsgrundlage aller dieser Verbände sind die gleichen: die Mitglieder haben weder Koalitions- noch Streikrecht und sind zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet. Sie werden außerdem durch ein raffiniert ausgeklügeltes Spärsystem festgehalten. Die Inspektoren, die angeblich die Arbeitsaufsicht führen, sind durchweg Offiziere. Wer der Arbeitsgemeinschaft untreu wird oder ihre Geheimnisse verrät, verfällt der Feme. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft dürfen keiner

An alle Künstler und Intellektuelle.

Das russische Volk ist vom Hunger heimgesucht. Ausgedehnt sind die Kornkammern des riesigen Reiches, das Wolgagebiet und die südrussischen Steppen. Viele tausend Menschen drehen zusammen, erschöpft und verzweifelt.

Die dürren Äste der Gräser und des Laubes sind ihre letzte Speise. In der Wolga wohnen unter dem nackten Himmel tausend und aber tausend Obdachlose; Kinder sinken zur Erde wie Blüten, die der Sturmwind herunterreißt.

Zwanzig Millionen Menschen sind am Verhungern!

Ihr Schrei um Hilfe darf nicht verhallen!

Die Arbeiter der ganzen Welt, die mit ihren harten Händen die Maschinen bewegen und das Korn auf den Feldern schneiden, haben sich bereits zusammengesetzt in brüderlicher Solidarität, dem hungernden und kranken russischen Volke zu helfen.

Wenn die Hand, die die Maschine bewegt, sich brüderlich für Rußland öffnet, kann sich da Herz und Gehirn, die die Welt neu gestalten wollen, vor dem Glend der russischen Hungergebiete verschließen?

Schriftsteller, Maler, Wissenschaftler, Intellektuelle, die ihr euch bemüht, in euren Worten und Taten eine vollkommene Welt in Harmonie und Schönheit zu gestalten, die ihr am Unvollkommenen und Gebundenen nicht ohne Erschütterung vorbeigehet. Künstler, Philosophen, Arbeiter des Geistes, hört unseren Ruf!

In Rußland verhungern zwanzig Millionen Menschen!

Ihr müßt und ihr werdet helfen! Unterstützt liberall tatkräftig durch eure Kunst und eure Kenntnisse und Begabungen den Kampf der Arbeiterklasse gegen den Hunger im Osten. Redet in Versammlungen, in Theatern, ergreift die Initiative bei Feiern und Zusammenkünften, veranstaltet Ausstellungen und Kunstabende und liefert den Reinertrag bedingungslos für die Hungernden ab. Besprecht euch mit euren Verlegern, Direktoren, Kunsthandlern usw., veranlaßt sie, den Reinertrag von diesem oder jenem eurer Werke dem Fonds für die Hungernden zuzuführen, organisiert euch zum Zweck tatkräftiger und organisierter Hilfeleistung (Anfänge sind gemacht: Wilsons Paquet stellt sein Drama: „Fahnen“, Käthe Kollwitz, George Grosz, viele Mitglieder der Novembergruppe stellen Zeichnungen und Bilder der Künstlerhilfe zur Verfügung.)

Eifert nach! Organisiert euch! Nehmt die Verbindung mit uns auf! Propagiert das Hilfswort in euren Bekanntenkreisen, sammelt Geld, Medikamente und Kleidungsstücke.

Laßt kein Mittel unversucht und keinen Weg unbeschritten, der hinführt auf die große mächtige Straße, die von Europa hinüber-

gebaut wird in das Land Dostojewskis, das jetzt, in unseren Tagen, vom Hunger gewürgt und von Seuchen überfallen ist.

Komitee Künstlerhilfe für die Hungernden in Rußland.

Käthe Kollwitz, Wilsons Paquet, George Grosz, Tilla Durieux, Prof. Eichbaur, Hans Baluschek, Heinz Bogeler, Ines Beyel, Arthur Hollischer, Maximilian Harden, Dr. Pinthus, Gertrud Eyföld, Karlheinz Martin, Max Barthel, Paul Feh, Martin Buber, Kurt Wolff, Lu Märten, Zierath, Erwin Piscator, Wieland Herzfelde.

Der Sekretär: Erwin Piscator, Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 17.

Kuscheltoreigen im Landgericht III. Der preussische Minister des Innern hat auf eine kleine Anfrage, die die Abgeordnete Frau v. Kuselja und Genossen an den Bundtag richteten, jetzt dem Präsidenten des Bundtags folgende Antwort erteilt:

„Die Frage, ob die Aufführung von Schnitzers „Reigen“ in städtischer Bezeichnung Anstoß erregt, ist von der 6. Zivilkammer des Landgerichts III zu Berlin nach vorhergehender Befragung von zwei Aufführungen durch das Gericht verneint worden, nachdem die städtische Hochschule für Kunst als Vermieterin des Theaters verurteilt hatte, das Verbot der Aufführung im Wege der einstweiligen Verfügung herbeizuführen. Eine Möglichkeit zum erfolgreichen Einschreiten habe ich danach, in Übereinstimmung mit der Auffassung meines Herrn Amtsvorgängers und des Herrn Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, nicht für gegeben erachtet. — Inzwischen ist ein Beschluß der 6. Strafkammer des Landgerichts III zu Berlin ergangen, durch den die angeklagten Theaterbesitzer, Spielleiter, Schauspieler und Schauspielerinnen zwar außer Verfolgung gesetzt werden, in dessen Gründen jedoch ausgesührt wird, die Aufführung des „Reigen“ stelle sich objektiv als Vornahme unzulässiger Handlungen dar; die Einstellung des Verfahrens sei lediglich erfolgt, weil bisher die subjektiven Merkmale der Kenntnis des unzulässigen Inhalts der Aufführung und damit ohne weiteres auch das Bewußtsein davon, daß sie Verbrechen zu erregen geeignet sei, bei den Angeklagten nicht hinreichend festzustellen gewesen seien. Sollte das daraufhin von Seiten der Oberstaatsanwaltschaft beim Landgericht III eingeleitete neue Verfahren zu einer rechtskräftigen Verurteilung führen, so wäre damit allerdings eine neue Lage gegeben.“

Eine verdammt komplizierte Anwesenheit. Die 6. Zivilkammer des Landgerichts III erteilt die städtische Anstiftung des „Reigen“ und die 6. Strafkammer des Landgerichts III erteilt in ihm die Vornahme unzulässiger Handlungen, erklärt aber zugleich, daß bei den Theaterdirektoren, Koalitionen, Schauspielern und Schauspielerinnen, die den „Reigen“ inszeniert und dargestellt haben, die „Kenntnis des unzulässigen Inhalts“ des Stückes „nicht hinreichend festzustellen“ gewesen sei, und auf Grund dieses Vo-

schlusses teilt nun die Oberstaatsanwaltschaft beim Landgericht III ein Verfahren ein, durch das, nachdem das Stück ein Jahr lang über alle deutschen Bühnen gegangen ist, eine „neue Lage gegeben“ sein wird.

Wir empfehlen Herrn Schnitzer als Pendant zu seinem eraltlichen Schachkameraden einen juristischen Zivil- und Strafkammer-Reigen zu schreiben.

Ein Sieg deutscher Kunst. Das Bräseleer Theater „Folles Bergères“ kündigt die Aufführung der Operette „Origi“ von Paul Linke an. Damit erscheint zum erstenmal nach dem Kriege deutsche Musik auf einer belgischen Bühne.

Die Aufführung von Werken Mozarts, Beethovens und Wagners hat man dort bis heute — drei Jahre nach Kriegsschluß — energisch zu verhindern gesucht, aber einem „Origi“ kann auch der verhärtetste Chauvinismus nicht widerstehen.

Radikale Orientierung der preussischen Regierung. Unter der Epithete „Kabinetsumbildung in Berlin“ melden die PPN aus Wien, 6. Oktober: „Im Kabinett des preussischen Ministerpräsidenten Duowam es Saltaneh wurden mehrere Ministerposten neu besetzt. Zum Minister des Innern wurde Rosada es Saltaneh, zum Justizminister Marschar es Saltaneh, zum Handelsminister Amid es Saltaneh, zum Unterrichtsminister Emir Mem, zum Postminister Schahab ed Doulet ernannt. Die bisherigen Minister des Krieges und des Innern blieben.“

Wie wir hören, ist den ausschließenden Mitgliedern der Regierung bereits die lebene Schärfe angedeutet worden. Trotz des unverkennbar orientalischen Charakters des neuen Kabinetts sollen übrigens die rechtsradikalen Parteien mit der Umgruppierung durchaus einverstanden sein. Sie erwarten namentlich von Marschar es Saltaneh und Emir Mem eine energische Reform des preussischen Justiz- und Unterrichtswezens, die den deutschenationalen Idealen in jeder Hinsicht entsprechen dürfte.

Konzerte. Erstes Konzert mit dem Bläser-Orchester unter Leitung von Dr. Max Burdard im Bühnenaal bringt Sonntag nachm. 4 Uhr Werke von Gluck, Bach, Handel. Erläuternder Vortrag dazu Freitag 8 Uhr im Bühnenaal, 8 Uhr.

Zweiter Märchenabend von Ernst Friedrich heute abend 7 1/2 Uhr in der „Arbeiter-Kunstaussstellung“, Petersburger Straße 39.

Tichter als Volkshilfen. Um die Meisterwerke der Literatur den breitesten Volksschichten zu erschließen, wird die Volkshochschule Groß-Berlin in zahlreichen Klubs und Arbeitsgemeinschaften nicht nur die Klätter, sondern auch die bedeutendsten Erscheinungen der Moderne behandeln.

Ein Goethe-Denkmal für Mexiko. Die Deutschen in der Republik Mexiko haben beschlossen, zur Jahrhundertfeier der Unabhängigkeit Mexikos dem Lande für seine Hauptstadt ein Denkmal Gedenkens zu schenken. Sie hatten sich vorher an Ferdinand von Avenarius, den Herausgeber des „Kunstwart“, mit der Bitte gewandt, das Beschaffen eines solchen Denkmals zu übernehmen. Avenarius hat dem zunächst. Wahrscheinlich wird Professor von Gosen das Denkmal schaffen.

„Internationalen Partei“ angehören; darunter sind zu verstehen: Kommunisten und Sozialisten aller Richtungen, Demokraten und Zentrum. Alle diese Arbeitsgemeinschaften stehen miteinander in Verbindung und haben eine gemeinschaftliche Spitze, die allerdings bisher unbekannt ist.

Die Zuchtschrift besagt am Schluß, daß seit 6 Monaten der preußische Innenminister diesem Vandalentum, bei dem die Grenze zwischen Monarchisten und gemeinen Verworfenern kaum zu ziehen ist, tatenlos zuseht. Das Wenige, was überhaupt geschehen ist, habe man ihm und dem Breslauer Polizeipräsidenten v. Hebermann geradezu abzwängen müssen. — Dies ist der Schutz der Republik durch einen demokratischen Innenminister im Kabinett Stegerwald.

Löbe über die politische Lage.

Reichstagspräsident Gen. Löbe äußerte sich in einer vom „Matin“ veröffentlichten Unterredung über die gegenwärtige innenpolitische Lage des Reiches folgendermaßen: Der Reichstagspräsident war es, der als erster den Gedanken einer Umwidmung der Regierung faßte. Er wollte in der Tat die Ausführung der von der Entente auferlegten Reparationen erleichtern, indem er die Industriellen zu dieser Aufgabe und zur Mitübernahme der Verantwortung heranzuziehen beabsichtigte. Die Idee, die Regierungskoalition zu verbreitern, die aus außenpolitischen Erwägungen eingeleitet war, besagte aber ernsthaften Schwierigkeiten innerpolitischer Natur. Zunächst weigerten sich die Mehrheitsfraktionen kategorisch, mit der Deutschen Volkspartei zusammenzuarbeiten. Sie wollten denn aber einen Wechsel in ihrer Haltung, als sie sich Rechenschaft gaben, daß man dem Kaiser jede Möglichkeit an die Hand geben mußte, das Londoner Ultimatum zu erfüllen, das ja gerade der Dolmetsch für das Kabinett Wirth ist. Was dazu beitrug, den Reichstagspräsidenten den Gedanken einer Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei näher zu bringen, war die Tatsache, daß mehrere Volksparteiler, wie die Herren Stresemann, v. Kardorff und v. Kaumer, die zwar nicht die Gesamtheit der Deutschen Volkspartei verkörpern, jedoch innerhalb dieser einen beträchtlichen Einfluß haben, geneigt zu sein schienen, für die Industrie die Pflicht anzuerkennen, ein Opfer zu bringen, indem sie dem Plan des Reichstagspräsidenten, die Sachverhalte zu erfassen, ihre Zustimmung erteilten. Es liegt auf der Hand, daß, wenn die gesamte Deutsche Volkspartei diesem Plan sich anschließt, dann die Basis für die neue Regierungskoalition ohne weiteres von selbst gegeben wäre. Aber die Mehrheitsfraktionen können sich auch andererseits nicht gewissen Erwägungen der allgemeinen Politik verschließen. Im letzten Preis wünschen sie, eine neue Spaltung zwischen sich und den Unabhängigen herbeizuführen.

Stellungnahme zum Parteitag.

Die Genossen von Barmen beschloßen mit allen gegen fünf Stimmen eine Entschlieung, die die Göttinger Beschlüsse billigt und ein Festhalten an den vom Parteitag aufgestellten Bedingungen fordert. Koalitionen mit bürgerlichen Parteien seien nur ein taffischer Notbehelf. Von den Verhandlungen, die mit den Unabhängigen eingeleitet sind, wurde mit Genugtuung Kenntnis genommen.

Die Straßburger Genossen sprachen sich in ihrer Generalversammlung gegen eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei aus. Zunächst wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß jetzt die USP endlich sich bereit erklärt, in der Regierung mitzuarbeiten.

Das Urteil im Köthener Hochverratsprozeß.

Leipzig, 5. Oktober. (WZB.) Das Reichsgericht hat heute nachmittag im Köthener Hochverratsprozeß das Urteil verkündet. Wegen Hochverrat, Beihilfe zum Hochverrat, Freiheitsberaubung, Gefangeneneraubung, Verabredung eines hochverräterischen Unternehmens und Aufzuredung zum Hochverrat wurden insgesamt 17 Angeklagte zu Gefängnisstrafen von einem Jahr und sechs Monaten, ein Angeklagter wegen schwerer räuberischer Erpressung, Beamtenehligung und verurteilter Mordtötung zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Die Strafen, welche vor dem außerordentlichen Gericht in Dessau feinerzeit verhängt waren, fallen weg und werden auf die jetzt erkannten Strafen im Verhältnis von acht Monaten Gefängnis gleich einem Jahre Gefängnis angerechnet. Einem Verurteilten wird ein Teil der Untersuchungshaft angerechnet. Fünf weitere Angeklagte wurden freigesprochen. Die Urteilsbegründung führte unter anderem aus: Die umstrittene Frage, ob die außerordentlichen Gerichte ohne Verletzung der Befolgung eingeleitet worden sind, wird bejaht. Die von jenen Gerichten erkannten Strafen sind daher zu Recht ergangen. Da aber in ihren Verhandlungen der Tatbestand nur unter dem Gesichtspunkte der verdolmetschten Treppendilung beurteilt worden ist, so war es nach der bestehenden Rechtsprechung möglich, dieselben Handlungen noch unter dem Gesichtspunkte des Hochverrats abzuurteilen. Doch waren die in Dessau erkannten Strafen in Anrechnung zu bringen.

Deutscher Pazifistenkongress.

Am Freitag, den 7. Oktober, beginnt in Essen der X. deutsche Pazifistenkongress, den insgesamt 13 deutsche Friedens- und Kulturorganisationen (Deutsche Friedensgesellschaft, Verband für internationale Verständigung, Bund Neues Vaterland, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Deutsche Liga für Völkerverständigung, Bund für radikale Ethik, Bund der Kriegsdienstgegner, Weltjugendliga, Friedensbund der Kriegsteilnehmer, Friedensbund deutscher Katholiken, Bund religiöser Sozialisten, Deutscher Pazifistischer Studentenbund und deutscher Monistenbund) vorbereitet haben. Er umfaßt folgende unter dem Gesamttitel „Der Wiederaufbau Europas“ zusammengefaßte Probleme: Die Stellung des Individuums zum Staat, die Bedeutung der religiösen und kulturellen Gemeinschaften für die Wiederannäherung der Völker, Der Wiederaufbau Nordfrankreichs, Die Frage der Umwidmung der Pariser Völkerbundsakte, Die allgemeine Abrüstung.

Aus der Rednerliste des Kongresses sind besonders folgende Namen herauszuheben: Professor Dr. Otto Braun-Basel, Prof. Roppelsmann-Münster, Prof. Schümer-Randeburg, Prof. Berwens-Wonn, Kaplan Joachim-Chingen, Julius Kallisch-Berlin, Prof. Dr. Kantorowicz-Freiburg und Prof. Duibbe-Berlin.

Wie wir erfahren, ist dem Herrn B. L. v. seiner übergeordneten Behörde der Urlaub zur Teilnahme an dem Pazifistenkongress verweigert worden. Was hat auch ein Friedenskongress mit Christentum zu tun!

Vordruck keine Kriegsbeschuldigtenprozesse. Berliner Morgenblätter berichten, daß in der nächsten Woche vor dem Reichsgericht wieder die sogenannten Kriegsbeschuldigtenprozesse beginnen werden und daß sich die Verhandlungen zunächst auf Armeeliste Beschränken. Wie das „Leipziger Tageblatt“ erzählt, treffen diese Verhandlungen in keiner Weise zu. Termine seien überhaupt noch nicht angedrückt. Die noch zur Verhandlung kommenden Fälle seien zurzeit noch nicht vordruck.

Deutschland und Spanien. In Erinnerung an die menschenfreundliche Tätigkeit des spanischen Roten Kreuzes während des Krieges hatte sich ihm das deutsche Rote Kreuz zu jeder gewünschten Unterstützung für den Krieg in Marokko zur Verfügung gestellt. Dieses Anerkennen wurde mit aufrichtiger Freude angenommen und jetzt dem deutschen Rote Kreuz der warmste Dank für etwaige Entsendung von Sanitätsmaterial und Medikamenten ausgesprochen.

Das Ehrengericht gegen R.-M. Broh endete mit einem Verweis.

Erwägungen gegen Valutaschieber

Der Preussische Landtag hat am Mittwoch die zweite Beratung des Handelshaushalts fertiggestellt und in Verbindung damit die Große Anfrage der Kommunisten über die Stillelegung der höchsten Handwerke besprochen.

Abg. Ester (K.): Die Deutschnationalen wollen die Aufhebung der Sanktionen nicht als einen Erlaß der Regierung Wirth buchen. Sie sollten nur die Stimmung der Leute im besetzten Gebiet studieren. Den kommunistischen Antrag auf Beseitigung des Staatskommissars an der Spitze lehnen wir ab und ebenso verurteilen wir die einseitige Verzerrung der Produktionsverhältnisse. Die Preise des rheinisch-westfälischen Kohlenunkfalls sollen einmal nachgeprüft werden. Eine Erhöhung des Achtstundentages ist auch für das Handwerk nicht angehängt.

Handelsminister Fischel:

Vielleicht die Hälfte der ganzen im Reichrat geleisteten Arbeit entfällt auf das Preussische Handelsministerium, namentlich die sich aus dem Friedensvertrage ergebenden Fragen. Voraussetzung für ein friedliches Zusammenarbeiten ist freilich, daß die Gegenseite die Rechte der einzelnen Länder achtet, ihre Einwände nicht als lästiges Dreinreden betrachtet. Ich hoffe und vertraue zu den Männern der Reichsregierung, daß sie, wie bisher, verständnisvoll mit Preußen zusammenarbeiten, insbesondere auch mit dem Handelsministerium. Der Hauptteil der Schuld an dem neuerlichen Rückgang der Mark entfällt auf die Verpflichtungen, die wir durch das Ultimatum übernommen haben, namentlich auch die Verpflichtung, in Dollars zu zahlen. Daraus ergibt sich eben natürlich ein Sinken der Mark. Es ist ein Unfuss, wenn im Auslande die Meinung verbreitet wird, dieses Sinken der Mark sei zurückzuführen auf die Deutsche Regierung, die es zum Kontrakt kommen lassen wollte, damit sie der Leistungen an die ehemaligen Feinde entgehen wird. Die Preussische Regierung steht hinter der Reichsregierung. Wir wollen nach Möglichkeit zu leisten versuchen. Es ist der Ruf laut geworden: Zurück zur Devisenordnung! Manche Industrien sind auf Material aus dem Auslande angewiesen.

Der private Devisenhändler

ist allerdings nichts weiter als Lohbrot. (Lebhafte Zustimmung.) In dieser Beziehung kann man wohl den Plan erwägen, ob nicht der Bankier verpflichtet werden kann, die Person der privaten Käufer zu prüfen und von ihnen eine Bescheinigung darüber zu verlangen, daß sie die Devisen gekauft haben, und diese Bescheinigung dem Finanzamt zu geben. Bei dem Ankauf von Devisen entsteht meiner Ansicht nach eine Einkommensteuerpflicht, weil der Betreffende die Devisen wieder verkaufen will. Ich habe mich mit dem Vorstand der deutschen Banken in Verbindung gesetzt und hoffe, der Auswärtige Herr zu werden. Was es uns gelingen, das große Problem, das in der Entwertung unserer Mark liegt, bleibt bestehen. (Sehr wahr!) Das Preussische Handelsministerium wird mit allen Kräften darauf hinarbeiten, derartige Unglücksfälle, wie in Oppau, nach Möglichkeit zu verhüten. Selbstverständlich müssen wir den Gang der Untersuchung über die Ursache der Katastrophe abwarten. Gerade das Akkordsystem in den Beunwerten weicht sehr günstig von dem sonst bekannten Akkordsystem ab. Auch der Betriebsrat in Oppau hält dieses System für die Arbeiterschaft für durchaus günstig und annehmbar. In einem Artikel eines Betriebsratsmitgliedes wird festgestellt, daß für Oppau eine solche Katastrophe wie in Oppau nicht zu befürchten ist. Der Versuch mit der

Einstellung von Arbeitern als Gewerbeaufsichtsbeamte wird demnächst gemacht werden. Von Verzögerung einer Gewerkschaftsrichtung ist keine Rede. Harimann war schon vor Schaffung der parlamentarischen Beiräte in meinem Ministerium und der damalige Finanzminister Herzt war damit einverstanden. Die Behauptung, die Arbeiterschaft in Höchst sei unter nichtstehenden Umständen entlassen worden, widerspricht den uns gemachten Mitteilungen. Dabei füge ich mich auf die Berichte der Arbeiterpreise, nicht so sehr auf die des Reichspräsidenten.

Abg. Jansen (Dn.): Die von Frau Hanna angeführten Befreiungsbewilligungen liegen weit zurück. Die Preissteigerung für Kartoffeln ist selbstverständlich, solange der Landwirt teure Futtermittel für die billige Mark kaufen muß. (Widerpruch links und Mitte; Freie Wirtschaft!) In keinem anderen Parlament der Welt sind für Kulturwende so namhafte Beträge ausgeworfen worden, wie im alten Preussischen Parlament.

Abg. Bager (D. Sp.): Die Vorwürfe der Frau Hanna gegen die Handwerksmeister sind entschieden zurückzuweisen. In den Beunwerten werden vollständig andere Stoffe hergestellt wie in Oppau. Man sollte die Bevölkerung nicht unnötig beunruhigen. (Wärmender Widerspruch bei den Soz. und Komm.; Ruf: Das hat man von Oppau auch behauptet!)

Donnerstag 1 Uhr: Rest von heute. Große Anfrage Hermann (Dem.) über die Lehrerverhältnisse. Große Anfrage der Sozialdemokraten über die Vorgänge an der Fürstin-Bismarck-Schule. Schluß nach 5 Uhr.

Der Kettekonrat des Preussischen Landtages hielt bereits am gestrigen Mittwoch erneut eine Sitzung ab, um über die Geschäftslage zu beraten. Es wurde beschlossen, nicht wie vorgeesehen war, bereits am Freitag dieser Woche eine Pause in den Plenarsitzungen einzutreten zu lassen, sondern man will bis zum 22. zusammenbleiben und sich dann bis einschließlich 2. November verziehen. Während der Vertagung soll der Hauptausdruck sich insbesondere mit der weiteren Vorberatung des Haushalts befassen. Die Beratung des Kultusetats im Hauptausdruck soll mit Rücksicht auf den Parteitag der Deutschen Volkspartei erst am 27. D. M. beginnen. Sonnabend und Montag sollen in der Regel sittingsfrei sein.

1. Afa-Gewerkschaftskongress.

Düsseldorf, den 3. Oktober 1921.

(Zweiter Verhandlungstag.)

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Reorganisation des Afa-Bundes hielt Bruno Süß (Berlin) das einleitende Referat. Er begründete den von einer hierzu bestimmten Kommission ausgearbeiteten neuen Satzungsentwurf. Die Änderung, die die neue Satzung dem alten Zustand gegenüber bringt, liegt darin, daß der Afa-Bund

die einheitliche Sphäroorganisations-

aller freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen wird und damit eine klare, freundschaftliche Abgrenzung des Organisationsgebietes der beiden Sphäroorganisationen Afa und UGB geschaffen wird. Der UGB verzichtet auf die Mitgliedschaft von Angestelltenverbänden zugunsten des Afa-Bundes. Das solidarische Zusammenarbeiten beider Sphäroorganisationen in allgemeinen Arbeitnehmerfragen wird durch einen besonderen Kartellvertrag gewährleistet.

Der Kartellvertrag zwischen der Afa und dem UGB.

wurde nachträglich vom Kongress ebenfalls einstimmig sanktioniert. Einem Antrag der kleinen und mittleren Verbände, daß auch sie eine Vertretung bei den ehrenamtlichen Vorständen finden, wurde ebenfalls stattgegeben.

Herrn Arbeitsschulen sprach Abgeordneter Lüdeman. Er führte aus, daß es nicht nur der Änderung von Gesetzestexten, der Schaffung von neuen Rechtsformulierungen bedarf, um zu neuen sozialen Rechtszuständen zu kommen, sondern daß es unbedingt notwendig sei, gleichzeitig auch Personen zu haben, die in der Lage sind, das neue Recht durchzuführen, auszugestalten, zu handhaben und weiterzubilden. Die dringende Frage der Gegenwart sei daher: Was kann geschehen, um eine genügende Zahl solcher Persönlichkeiten herbeizubringen, die die Aufgaben der Gegenwart meistern können. Die Gewerkschaften werden nämlich mehr und mehr Mitarbeiter des neuen Staates, selbst mithelfen wollen.

den neuen Staat aufzubauen.

Man braucht pädagogisch durchgebildete Personen für die Selbstbetriebsorganisationen, damit sie ein genügendes Gegengewicht bieten gegen diese sehr feine durchgebildeten und ungeheuer zahlreichen Sekretäre der Unternehmerorganisationen. Die Dinge würden heute so liegen, daß die akademisch geschulten Volkswirte zum mindesten 90 Prozent im Dienste des Kapitalismus ständen, sei es in Unternehmerorganisationen, Arbeitgeberverbänden, Kartellen, Syndikaten und dergleichen mehr. Eine der

Hauptaufgaben der Gewerkschaften

müsse es sein, Menschen aus ihren eigenen Reihen nachträglich so zu schulen, daß sie in der Lage sind, auf der einen Seite voll erfüllt mit dem sozialen Gedankeninhalt der Gewerkschaftsbewegung, auf der anderen Seite ausgerüstet mit dem ganzen nationalökonomischen Wissen unserer Organisationen das bieten zu können, was die Unternehmerhaft jetzt zur Verfügung hätte. Man könne nicht warten, bis die Umstellung unseres gesamten Bildungswesens komme, sondern müsse selbst Hand an Werk legen. Dazu brauche man Volkshochschulen, längere oder kürzere Kurse, aber auch Institutionen, wo in ein- oder zweijähriger Ausbildungszeit unsere Leute zu wissenschaftlichem Denken herangebildet werden können. Durch die bereitwillige Unterstützung, die die Idee der

Arbeiterakademie in Frankfurt a. M.

bei dem UGB und beim Afa-Bund gefunden hat, konnte deren Ausbreitung ermöglicht werden. Der preussische Handelsrat für 1920 enthalte 200 000 M. für die Errichtung von zwei Wirtschaftsschulen. An den Gewerkschaften lege es nur, dafür zu sorgen, daß auch diese Schulen bald ins Leben gerufen würden. (Lebhafte Beifall.)

In der Diskussion traten alle Redner mit einer Ausnahme den Ausführungen Lüdemanns bei und der Notwendigkeit der Schaffung von Einrichtungen zur Heranbildung von Volkswirten aus Arbeitnehmerschichten. Nur dann sei es möglich, genügend vorgebildete Vertreter in alle Wirtschaftsinstitutionen zu entsenden, und nur dann sei es möglich, alle Rechte, die das Betriebsrätegesetz der Arbeitnehmerschaft gebe, voll und ganz auszunutzen.

Zum Schluß gab Leipart mit besonderer Freude seiner Befriedigung Ausdruck über den zustande gekommenen Organisationsvertrag zwischen Afa und UGB, und hofft auf gute gedeihliche Zusammenarbeit im Interesse der allgemeinen Arbeitnehmerschaft. Er weist im besonderen darauf hin, daß in Zukunft der Ingenieur, Maschinenführer, Kraft und der Kaufmann in dem Straßenkehrer, Straßenbahner usw. den verbündeten Gewerkschaftsmitgliedern im Kampfe um die Erziehung einer besseren Zukunft sehen müsse.

Wirtschaft

Die Lage der Bekleidungsindustrie.

Den an das Preussische Handelsministerium von den Handelskammern erstatteten Berichten für den Monat September entnehmen wir folgende Angaben über die günstige Lage in der Textilindustrie:

Die Textilindustrie war im September in allen Zweigen ansehnlich beschäftigt. In der Baumwollindustrie, in den Spinnereien und Webereien herrschte lebhaftige Nachfrage. Die Baumwollpreise nahmen im Berichtsmonat für 1 Kilogramm feinsten Mährlings fast Bremen folgende Entwicklung: Am 1. September 33,40 M., am 10. September 49,50 M., am 20. September 53,70 M., am 29. September 64,20 M. Baumwollgarne stellten sich für Nr. 20er bzw. Nr. 30er am 1. September auf 22,90 M. bzw. 64,60 M., am 10. September auf 70 bzw. 80 M., am 20. September auf 79 bzw. 90 M., am 26. September auf ebenso wie am 20. September. Der Preis für die Standardqualität Rohwolle stieg von 9 M. im August im September auf 13,25 M.

Im Wolleingroßhandel waren die Umsätze entsprechend der Beschäftigung der Textilindustrie, trotz ständig anziehenden Preise, beträchtlich. Die Nachfrage nach Streichgarnen hat sich, und zwar ausschließlich in guten und besten Qualitäten zu erheblichen Preisen, weiterhin verstärkt. In der Tuchindustrie konnten die Aufträge nur zum Teil berücksichtigt werden. Die Lage der Webereien ist eine ähnliche; in Handwebereien macht sich teilweise starker Mangel bemerkbar. In der Kammgarnspinnerei besetzt die gute Beschäftigung die noch vorhandene Arbeitslosigkeit fast gänzlich.

Bei der Seidenindustrie haben sich die Absatzmöglichkeiten durch die Beschränkung von Preissteigerungen weiter gehoben. Die Seidenindustrie war gut beschäftigt. Die Veredelungsindustrie konnte weitere Aufträge wegen Arbeitermangel teilweise nicht übernehmen.

Die Leinenwebereien sind zum Teil bis über das Bekleidende hinaus ausverkauft. Die Preise für Leinengarne stiegen im September um ungefähr 40 v. H. Die Flachspinnereien werden möglicherweise binnen kurzem wegen Rohstoffmangels zu Betriebsbeschränkungen gezwungen sein.

4,2 Milliarden neuer Banknoten. Nach dem vorliegenden Ausweis der Reichsbank vom 30. September hatte die Bank zum Vierteljahresabschluss, wie zu erwarten war, außerordentlich großen Ansprüchen zu genügen. Der Bedarf sowohl an Krediten als auch an Zahlungsmitteln überstieg während der Berichtswache jedes bisher beobachtete Maß. Das Reich gab zur Vierteljahreswende ungewöhnlich hohe Beträge an Reichsschatkassenausweisungen an die Bank, während der Abfall an Schatzweisungen am Markt beschränkt war. Es mußten 4213,7 Millionen Mark an Banknoten und Darlehnskassenscheinen neu in den Verkehr gegeben werden. In der Vergleichszeit der Jahre 1919 und 1920 waren demgegenüber 1473,7 bzw. 2827,6 Millionen Mark an beiden Geldzeichen abgeflossen. Diese Entwicklung ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen. So dürften beispielsweise die in der letzten Zeit eingetretene Erhöhung des Preisniveaus, ferner Abflüsse von Zahlungsmitteln zu Zahlungen an das Ausland und auch eine infolge der zu erwartenden neuen Steuern und der ungeklärten politischen Verhältnisse wieder erwachte Geldhamsterei die regelmäßigen hohen Ansprüche des Herbsttermins noch weiter verstärkt haben.

Neue Preissteigerung für Margarine. Der Margarineverband teilt mit, daß der Preis für Margarine bester Sorte um 2 M. der anderen Sorten um 2,50 M. je Pfund erhöht wird. Als Grund wird die Valutaschwächung angegeben, die die Rohstoffe verteuert.

Polens Finanznot. Nach einer Meldung des Daily Telegraph drückt die Warschauer Notizpresse täglich 700 Millionen Mark. Das bereits ausgegebene Papiergeld wird auf 150 Milliarden Mark geschätzt. Es sei daher kein Wunder, daß die Finanzlage Polens so schlecht sei und täglich schlechter werde.

Die Außenhandelsorganisation Sowjetrusslands. Der Oberste Volkswirtschaftsrat hat die Richtlinien für den Austausch von Gütern der Genossenschaften und Privatunternehmen bestimmt. Es dürfen eingeführt werden: Produktionsmittel, Rohstoffe, Heizmaterialien und Lebensmittel. Alle Einkäufe müssen durch die Organe der Kommissariats für Außenhandel vollzogen werden, in dessen haben große Genossenschaften das Recht, Vertreter in die ausländischen Handelsmissionen der Sowjetregierung zu entsenden. — Das Volkswirtschaftsministerium warnt die Bevölkerung vor Verhandlungen und Geschäften mit ausländischen Kaufleuten, die nach Petersburg kommen und Genossenschaften und Privaten Lebensmittel und andere Waren anbieten. Ihr Vorgehen zielt darauf ab, das staatliche Monopol für Außenhandel zu untergraben. Der Außenhandel dürfe sich lediglich unter Kontrolle und mit Genehmigung des Volkswirtschaftsministeriums für Außenhandel vollziehen.

Gewerkschaftsbewegung

Vom Kampf im Gastwirtsgerwerbe.

Am Laufe des gestrigen Tages fanden Verhandlungen beim Berliner Polizeipräsidenten statt, die sich mit dem Einfluß der „Technischen Rothhilfe“ beschäftigten. Es wurde vereinbart, daß die Rostarbeiten durch die Organisation der Gastwirtsgehilfen ausgeführt werden sollen. Die Streikenden haben sich ferner bereit erklärt, zur Bedienung der Berliner Ententemissionen Personal freizugeben.

Trotz dieser erfreulichen Haltung der Streikenden scheinen einzelne Polizeiorgane immer noch nicht eingesehen zu haben, daß die Schupo so lange nichts bei diesem Streit zu suchen hat, als das Eigenum oder das Leben anderer nicht bedroht wird. Uns wird mitgeteilt, daß das Hotel Excelsior im Laufe des gestrigen Nachmittags von einer Abteilung Schupo in Stärke von 6 bis 7 Mann besetzt wurde. Nach dem Zweck dieses Aufgebots befragt, erklärte der Leutnant, daß er zum Schutze der Arbeitswilligen gekommen sei. Die Streikenden sind um so mehr über die einseitige Haltung der Schupo empört, als gerade den Streikbrechern im Hotel Excelsior bis zur Stunde noch kein Haar gekrümmt wurde. Man braucht sich aber nicht zu wundern, wenn solche dummen Propagandas von Seiten der Behörden unbedenkenliche Elemente unter den Streikenden zu Täuschlichkeiten verleiten.

Der Verteilungsfeldzug der bürgerlichen Presse nimmt natürlich seinen Fortgang. Die Streikenden sind entschlossen, dagegen mit allen Mitteln vorzugehen. Der Betriebsrat des Restaurants „Traube“ hat den Zentralschlichter der Angestellten bereits gebeten, ein Strafverfahren einzuleiten gegen die Urheber und Verbreiter des Schwunzes, daß sich der genannte Betriebsrat an den Ausschreitungen im Restaurant Klausner beteiligt haben soll.

Die Streikleitung teilt mit: Die Arbeitgeberorganisationen haben den gestrigen Versuch des Reichsarbeitsministeriums, eine Verständigung herbeizuführen, rundweg abgelehnt. Diese Haltung ist schlechthin unverständlich und deutet nicht darauf hin, daß den Herren an einer friedlichen Verständigung gelegen ist. Einem Kampfe, der offenbar nur zur Wehrung eines Machtstandpunktes geführt hat, bringt die Öffentlichkeit kein Verständnis entgegen. Auch der Druck, den die Unternehmer ausüben, um die von ihren Kollegen mit der Arbeitnehmerorganisation getroffenen Vereinbarungen rückgängig zu machen, widerspricht dem öffentlichen Interesse und muß die Erbitterung auf der Gegenseite schüren. Die Unternehmer behaupten immer, daß sie die durch die Forderungen der Organisationen entstehende Wehrbesetzung nicht tragen könnten. Dem steht gegenüber, daß die Wehrzahl der Betriebe, die bisher bewilligt haben, mit durchschnittlich 5-10 Angestellten arbeiten. Auch daraus geht hervor, daß der Kampf nicht ein Streit um Löhne ist, sondern daß es sich hier um eine Wehrprobe handelt, die letzten Endes veranlaßt wird, um das Arbeitslohn und damit eine außerordentliche Verlängerung der Arbeitszeit aller gewerkschaftlichen Angestellten herbeizuführen.

Aus der Phys. Techn. Reichsanstalt.

Der Präsident dieser Anstalt, der über 75 Jahre alte Geheimrat Oberregierungsrat Prof. Dr. C. Warburg, hatte einem Angestellten Dr. L. zum 1. Oktober gekündigt. Der Bekleidete bat bereits unterm 2. Juli, den Kündigungsstermin zu verlängern, falls er bis dahin noch keine andere Anstellung gefunden habe. Sein Gesuch wurde vom Direktor Dr. G. unterstützt, da Dr. L. im Magnetischen Laboratorium die Tätigkeit eines Technikers ausübe. Die Tätigkeit sei als Ersatz für einen Techniker von hohem Werte und könne auch über den 1. Oktober hinaus gut gebraucht werden. Auch Geheimrat G. wies darauf hin, daß im Magnetischen Laboratorium zur Erledigung der andauernd zahlreichen Prüfungen ein weiterer Techniker fehle. Bis dieser gestellt werden könne, sei die Ausbilde durch Dr. L., der sich gut eingearbeitet habe und fast ausschließlich zur Erledigung von Prüfungen in Anspruch genommen werde, kaum zu entbehren. Im Interesse des Dienstes befürwortete er das Gesuch von Dr. L., nicht unter allen Umständen auf dessen Tätigkeit ab 1. Oktober zu verzichten.

Der Herr Präsident „bedauerte“, daß es ihm nicht möglich sei, den Termin des Austritts zu verlängern. Daraufhin wandte sich der Beamtenausschuß an den alten Herrn, jedoch ohne Erfolg.

Dr. L. wandte sich nunmehr an das Reichsministerium des Innern. Am 28. September wandte sich der Beamtenausschuß nochmals an den Präsidenten, mit dem Hinweis, daß Dr. L. als verheirateter Mann ohne Stellung dem Nichts gegenüberstehe. „Das tut mir sehr leid, aber ich kann nichts dagegen machen.“ Das Reichsamt des Innern griff noch im letzten Augenblick ein und verhinderte, daß Dr. L. am 1. Oktober auf die Straße Kog. Das sagte dem Herrn Präsidenten nicht. Er forderte von Dr. L. die Unterzeichnung eines Schriftstückes, worin dieser sich damit einverstanden erklären sollte, daß der Entlassungstermin um 4 Wochen verschoben wird. Dr. L. hat um Bedenkzeit. Als er aber am 1. Oktober sein Gehalt erheben wollte, wurde ihm erklärt, daß auf Anweisung des Präsidenten keine Zahlung erfolge, so lange Dr. L. das Schriftstück nicht unterzeichnet hat. Der Not gehorchend, mußte Dr. L. unterschreiben und bekam dann das Gehalt.

Die Notlage eines Mannes auszunutzen, um ihn zu einem Einverständnis oder Verzicht zu zwingen, das ist eine Handlungsweise, wie man sie bei einem gebildeten, in der Wissenschaft anerkannten Gelehrten, in solchem Alter zumal, nicht erwarten sollte. Ob eben das Alter sie in diesem Falle erklärlich macht oder nicht, jedenfalls dürfte das A. d. I. auf eine solcher Art erzwungene Bereiterklärung nichts geben.

Streikende Holzarbeiter.

Durch die Presse geht eine Mitteilung über den Inhalt eines angeblichen Schiedspruchs. Dem Bureau des Holzarbeiterverbandes ist aber bis Mittwoch 2 Uhr noch kein Schiedspruch zugegangen. Es ist also verfrüht, ein Ende des Streiks voraussagen. Die Arbeitgeber versuchen auf Grund dieser Meldung, die streikenden Holzarbeiter zur Arbeitsaufnahme zu bewegen. Diese aber haben nur der Parole der Streikleitung Folge zu leisten und werden, sobald ein Ergebnis vorliegt, zwecks Information und Beschlußfassung zu einer Versammlung zusammenrufen.

70 streikende Kollegen werden sofort zu tariflichen Löhnen bis 8,80 M. für außerhalb verlangt. Meldung sofort im Bureau, Zimmer 5.

Wir teilen dazu mit, daß die auch von uns gebrachte Notiz durch eine bürgerliche Korrespondenz verbreitet wurde. Leider war bei ihrem Eintreffen kein Mitglied der Berliner Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes mehr zu erreichen, das uns hätte informieren können. Wir würden es lebhaft bedauern, wenn wir einer Irreführung zum Opfer gefallen wären.

Vormittagskursus für Schichtarbeiter!

Mittwoch, den 12. Oktober 1921, vorm. 10 Uhr, beginnt im Sitzungssaal der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, Engelstr. 24/25, 2. Hof I, ein Kursus über „Der Betrieb und seine Aufgaben“. Kollegen, die an diesem Kursus teilnehmen möchten, können sich zur angegebenen Zeit im Kurssaal einfinden und den Hörsbeitrag von 8 M. (Arbeitslose unentgeltlich) bei dem im Kurssaal zu wählenden Vertrauensmann zahlen. Für Wechselarbeiter werden neue Kurse eingerichtet, sobald genügend Meldungen bei uns eingelaufen sind. Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale.

Verstärkung im Hamburger Buchdruckerstreik.

Der Streik der Buchdrucker im Zeitungsgewerbe Groß-Hamburg hat erheblich an Schärfe zugenommen. Alle Buchbinder der Betriebe haben sich dem Streik angeschlossen, auch die kaufmännischen Angestellten der Zeitungen sind in die Gehaltsbewegung eingetreten. Die Prozente Erhöhung der Tarifgebälter wurde einstimmig abgelehnt und die Organisation beauftragt, sofort den Schlichtungsausschuß anzurufen. Von allen Seiten gehen den Streikenden Sympathieerklärungen und Unterstützungen in Fülle zu.

Die Berliner Eisenhandelsarbeiter nahmen am Montag den Bericht von den Verhandlungen über die eingereichten Lohnforderungen entgegen. Der Vertreter des Deutschen Transportarbeiterverbandes berichtete über die stattgehabten Verhandlungen, die leider kein Ergebnis hatten und durch deren Ablauf die Organisation genötigt war, den Schlichtungsausschuß anzurufen. Diese Verhandlungen fanden am Montag vormittag statt. Die Arbeitgeber waren wohl zu Zugeständnissen bereit, aber nicht in der Höhe, in der eine Verständigung möglich gewesen wäre. Nach vielstündigen, recht schwierigen Verhandlungen unter Vorhild des Herrn Professors Jacob gelang es dann doch, eine Verständigung zu erzielen. Die neuen Löhne betragen: Für Jugendliche von 16 bis 18 Jahren 160-200 M., für Arbeiter über 18 Jahre Gruppe I 410 M., Gruppe II 400 M., Gruppe III 390 M. Der Stundenlohn ist festgesetzt für Gruppe II auf 8,40 M., für Gruppe III auf 8,20 M. Das Lohnabkommen ist für 2 Monate gültig. In der Versammlung machte sich zunächst eine starke Opposition gegen die Annahme dieser Sätze bemerkbar. Die Versammlung jedoch nahm dann noch längerer Aussprache gegen eine starke Minorität diesen Schiedspruch an, nachdem inzwischen bekannt geworden war, daß auch die Arbeitgeber sich demselben unterwerfen hatten.

Der Bezirk Sachsen des Deutschen Eisenbahnerverbandes protestiert in einer Entschiedenheit gegen die Erklärung des AOB. in unserer Nr. 458 zur Frage „Partei und Gewerkschaft“ und sagt: „Nachdem der Ausschuß des AOB. im Jahre 1919 die politische Taktik des Deutschen Beamtenbundes als eine Schädigung der gewerkschaftlichen Einheitsfront bezeichnet und aus diesem Grunde das Kartellverhältnis abgelehnt hat, und nachdem ferner feststeht, daß diese politische Taktik unverändert fortbesteht, verlangt die Beamtenrätekonferenz (die diese Entscheidung annahm. D. Red.) das unbedingte Festhalten an dem Beschluß des Nürnberger Gewerkschaftskongresses, der den Deutschen Eisenbahnerverband als Einheitsorganisation für Beamte und Arbeiter des Eisenbahnbetriebes anerkennt.“

Auf den Braunkohlenschein bei Kassel streiken die Bergarbeiter seit Sonnabend nachmittags.

Der Pariser Bauarbeiterstreik ist nach dem „Temps“ als gescheitert zu betrachten. Es werde die Wiederaufnahme der Arbeit erwartet.

Aus Italien. Der Metallarbeiterkongress in Rom brachte für die sozialistische Tagesordnung 66 121 Stimmen auf gegen 44 750 Stimmen der Kommunisten. — In Genua und Umgegend liefen die Lohnverträge in der Metallindustrie ab, ohne daß sie erneuert worden waren, weshalb die Metallarbeiter in den Streik traten. Die Stahlwerke beschlossen die Sperrung, die die Arbeiter mit dem Generalstreik parieren wollten.

Ein Funktionär der Metallindustrie. Freitag 7 Uhr in der Beuercel Vahnenhof, Hildesstr. 22, Versammlung. Thema: Der gegenwärtige Stand der Tarifverhandlungen. — Ein-Ostfahrt.

Zentralschlichter der Hausangestellten. Donnerstag 7 1/2 Uhr große öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Welche Nachteile und Gefahren enthält das neue Hausangestelltengesetz für alle Hausangestellten, Waise- und Heimarbeiterinnen? Genssen, magt eure in Haushaltungen tätigen Kinder den Gehalt dieser Versammlung zur Pflicht.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Für die Buchbinderkollegenchaft in den Buchdruckereien gelten dieselben Anlagen wie für die Buchbinder bzw. Anliegerinnen. Rückvers wird am Freitag, den 7. Oktober,

nachmittags 1/2 Uhr im Deutschen Hof, Duxauer Str. 15, befanntgegeben; ebenso die Adressen und die Statistiken für die Kollegen.

Deutscher Transportarbeiterverband. Brände Bau- und Scheinbauarbeiter: Donnerstag 7 Uhr bei Senf, Reichsstr. 12, Vertretungsmännlichkeit. — Gruppe Apothekenarbeiter: Donnerstag 7 Uhr bei Wille, Sedanstr. 10, Gruppenversammlung. — Gruppe Eisenbahner: Freitag 7 Uhr bei Wille, Sedanstr. 10, Gruppenversammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zum Schiedspruch über unsere Lohnforderung. — Gruppe der Geschäftstulicher, Lagerarbeiter usw.: Freitag 7 Uhr im Lokal „Engländer Hof“, Alexanderstr. 10, Gruppe Alt-Papier, allgemeine Versammlung. Tagesordnung: Räumigen mit die festgesetzten Lohnsätze?

Deutscher Eisenbahnerverband, Berlin 11. Freitag 7 Uhr in der Frankfurter Allee 113 Mitgliederversammlung.

Aus der Partei.

50 Jahre Mitglied der Internationale.

Während in Götting der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie veranlaßt war, wurde in Holland am 21. September ein Jubilar gefeiert, dessen Name und Würden seit Jahrzehnten auch in Deutschland bekannt sind — Heinrich van Kol, der Teilnehmer fast aller internationalen Kongresse und Gast vieler deutscher Parteitage.

Am 21. September 1871 trat der junge Student der Polytechnische in Haag in die erste Internationale ein, die damals nach dem Deutsch-französischen Kriege und unter den Kämpfen zwischen der Marx'schen und Bakunin'schen Richtung org. ist. In seinem eigenen Heimatlande steckte die Arbeiterorganisation noch in ihren ersten schwachen Anfängen und van Kol wurde im Jahre 1876 für die folgenden 7 Jahre der direkten Anteilnahme an den europäischen Kämpfen entzogen, weil er als Ingenieur nach Niederländisch-Indien ging, wo er allerdings gegen die Ausbeutung und Unterdrückung der Eingeborenen ebenso manhaft auftrat, wie vorher in Europa gegen die Ausbeutung der Arbeiterklasse, deren Glend er in den Armenquartieren von Amsterdam und Delft kennen gelernt hatte. Nach Europa zurückgekehrt, kam er 1883 in der Schweiz in Verbindung mit Eduard Bernstein, Plechanoff, dem Begründer der dänischen Sozialdemokratie Pio, mit Eleferrich und Kropotkin, warf sich in das Studium der sozialistischen Ideenwelt und wurde, nach Holland zurückgekehrt, einer der Mitbegründer der dortigen sozialistischen Organisationen. Auch nach Belgien, besonders nach Flandern, behnte er seine rednerische und schriftstellerische Tätigkeit aus. Die Ortsverhältnisse in Brüssel, Antwerpen, Gent verbanden ihm seine Gründung. In den Broschüren „Christentum und Sozialismus“, „Kapitalismus und Sozialismus“ und „Das irische Paradies“ vertritt er seine sozialistische Anschauung. Während des Weltkrieges hat der Mitbegründer des Internationalen Bureaus und der rühmliche Förderer der interparlamentarischen Union eine Deutschland nicht freundliche Stellung eingenommen. Sie erklärt sich daraus, daß Flandern die zweite Heimat van Kols geworden war, und daß er die schweren Bewüstungen und den Ueberfall auf dieses Land den Deutschen bis auf den heutigen Tag nicht verziehen hat. — eine Anschauung, die bei vielen von uns Verständnis finden wird und die seiner Hochschätzung in der Internationale auch bei uns Deutschen keinen Eintrag tun dürfte.

Van Kol, der dicht vor seinem sechzigsten Lebensjahr sich die jugendliche Frische und Arbeitslust erhalten hat, wurde an seinem Ehrenabend durch eine große Versammlung im Haag von Blegen, Troelstra, von Abgeordneten aus Belgien, Indien und anderen Ländern gefeiert. Den Glückwünschen, die er dort empfing, werden sich die deutschen Sozialdemokraten gern nachträglich anschließen und ihm noch eine lange Wirksamkeit in der Internationale wünschen.

Jugendveranstaltungen.

Berein Arbeiter-Jugend. Sekretariat: G. B. 66, Lindenstr. 2, Hof links. 2 Treppen rechts. Telefon: Nst. 121 68-10.

Mitgliederveranstaltungen am Donnerstag, den 6. Oktober:

Blankenburger Jugendheim Schule Triftstraße. — Grünau-Jugendheim: Jugendheim Falkenberg (Ruhnde). — Johannisthal: Jugendheim Johannes-Brenner-Straße. — Kottbus: Jugendheim Schulstr. 6. — Nieser-Schneiders: Jugendheim Schule Berliner Straße. — Norden: Jugendheim Vuhlfelder Str. 67. — Reuthaus-Korb: Jugendheim Friedenstr. 58. — Stralauer Viertel: Jugendheim Kogelstr. 3. — Schöneberger Vorstadt I: Jugendheim Sonnenburger Str. 2 (Schule). — Steglitz-Friedenau: Jugendheim Offenbacher Str. 6a. — Steglitz II: Jugendheim Johanna-Stegen-Str. 22.

Silber: Jugendheim Turnhalle Stallhofstr. 54, Vortrag: „Sport und Arbeiterjugend“. — Silber (Niederschlag Viertel): Glogauer Str. 12/16, Vortrag: „Jugend und sexuelles Problem“.

Aus aller Welt.

Waldbrände in Oberschlesien. Bei Gieschewald und in den Restlichen Forsten bei Emanuelslegen sind zu gleicher Zeit größere Waldbrände ausgebrochen. Zahlreiche Feuerwehren sind zur Bekämpfung der Brände unermüdlich tätig. Wegen des herrschenden Windes breiten sich die Brände mit großer Geschwindigkeit aus. Die Schäden sind noch nicht zu übersehen. Es liegt zweifellos Brandstiftung vor.

Explosion in einer Dynamitfabrik. Nachts ereignete sich ein Explosionsunglück in der Dynamitfabrik Schleich bei Köln. Das Fabrikgebäude ist zerstört worden. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Es wurden lediglich zwei Leichtverletzte festgestellt.

Perman für den edelst. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Dr. Oetke, Berlin; Verlag: Verlagsanstalt Gust Eimer u. Co., Berlin; Druck: Verlagsanstalt Gust Eimer u. Co., Berlin; Lindenstr. 3. Hierzu eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“.



Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen, Warzen
besorgt die wirklich empfindliche mildecrem bewährte
Kukirol
Schachtel M. 3,50 in Apotheken u. Drogerien erhältlich

ETWAS

BESONDERES

Stiller

ALLEINVERKAUF für GROSS-BERLIN!

Dr. Lahmanns
Gesundheitsstiefel
FÜR HERREN UND DAMEN

WEIßER HIRSCH

VERLANGEN SIE UNSERE BROSCHÜRE!

Groß-Berlin

Der „Todesbrief“.

Ein eigenartiges Sittenbild entrollt eine Verhandlung, welche die 4. Strafkammer des Landgerichts I beendigt. Auf die Begehrung seiner eigenen Ehefrau hatte sich der Oberkellner Richard Paaz unter der Anklage schwerer Kuppelei zu verantworten.

Der Gerichtspräsident der Staatsanwaltschaft zwei Jahre und zwei Monate Zuchthaus, 3000 M. Geldstrafe und 5 Jahre Ehrverlust, während der Verteidiger als Strafmildernd geltend machte, daß es dem Angeklagten, der sich in Not befand, gleichgültig gewesen sei, was die ungeliebte Frau tat.

Glückspiele in Privatwohnungen.

Bis zur Novelle zum Strafgesetzbuch durch das am 30. November 1919 in Kraft getretene Gesetz gegen das Glückspiel war die Veranstaltung von Glückspielen in Privatwohnungen strafbar, wenn der Zutritt dem Publikum unbeschränkt gestattet war.

Die 4. Strafkammer des Landgerichts II als Berufungsinstanz hatte sich nun mit einem Falle zu beschäftigen, bei welchem gegen 2 1/2 Uhr nachts die Polizei in einer Privatwohnung in der Grunowstraße 10 bis 12 Personen unter dem Verdacht des Glückspiels betroffen hatte.

Die alte und die neue Stadtverordnetenversammlung.

Die heutige Stadtverordnetenversammlung wird die letzte Versammlung vor den Wahlen sein, da am Donnerstag nächster Woche mit Rücksicht auf die Tätigkeit der Stadtverordneten in Wähler-versammlungen keine Sitzung stattfinden soll.

Die Ausgabe von Straßenbahnfahrkarten mit Reklameaufdruck ist, wie die Direktion der Berliner Straßenbahn mitteilen läßt, bis auf weiteres eingestellt.

Fräulein.

Von Paul Enderling.

Frau Görke umfachte mit beiden Armen ihren Gatten: „Julius, wie glücklich ich bin!“ Ihre Tränen, die ja bei ihr sehr locker saßen, hinderten sie daran, zu sagen, wie glücklich sie war.

Über Julius Görke wurde, so selbstvergessen er auch eben noch gewesen war, plötzlich nüchtern. Er bekam seine anstrahlenden Augen. „Sind Sie abgeschrieben?“ fragte er.

Große öffentliche Wählerveranstaltungen!

Heute, Donnerstag, den 6. Oktober:

- 7. Kreis Charlottenburg: Die für heute angedachte Versammlung in der Bertho-Schule findet nicht statt.
7. Kreis Charlottenburg: 55. Abteilung, 7 Uhr in der Siemens-oberschule, Schloßstr. 27. Thema: „Die Stadtverordnetenwahlen und die Sozialdemokratie.“

Morgen, Freitag, den 7. Oktober:

- 4. Kreis Neenzauer Tor: 24. Abteilung, Aula des Lyzeums Grelshawder Str. 25. Thema: „Auf zu neuen Kämpfen.“
5. Kreis Fiedelshain: 17. Abteilung, 7 Uhr bei Schoneck, Strauß. Thema: „Der Kampf im Stadtparlament.“

Frauenveranstaltungen:

- 11. Kreis Schöneberg: 7 1/2 Uhr in der Schule, Feurigstr. 57. Thema: „Die Stadtverordnetenwahlen und die Frauen.“

Verkehrsverbesserungen auf der Erkner-Strecke.

Der längst ersehnte Spätzug nach Erkner gelangt nunmehr mit dem Winterfahrplan vom 28. d. M. ab zur Einführung, er fährt ab von Grunow um 12.55 Uhr nachts, von Friedrichstraße um 1.25 Uhr nachts und vom Schlesischen Bahnhof um 1.35

Uhr nachts und trifft in Erkner um 2.24 Uhr nachts ein. Dieser Zug erhält auf dem Schlesischen Bahnhof Anschluss um 1.37 Uhr nachts nach Grünau. In der Gegenrichtung wird von Erkner ein neuer Zug gefahren, der von dort um 11.22 Uhr abfährt und als letzter Zug über die Stadtbahn nach Potsdam verkehrt (an 1.30 Uhr nachts).

Der Bau des zweiten Bahnsteiges auf dem Bahnhof Warschauer Straße, auf dem in Zukunft auch die Züge von und nach Erkner halten sollen, schreitet rüstig vorwärts. Während der alte Bahnsteig westlich der Warschauer Brücke liegt, wird der neue Bahnsteig auf der Ostseite der Straßenüberführung liegen.

Der Zug 12.16 Uhr nachts vom Bahnhof Friedrichstraße nach Nieborsdörferweg wird in Zukunft bis nach Spindlersfeld durchgeführt werden.

Fertigstellung der Wohnhausfiedlung Mariendorfer Weg.

Die vom Bezirksamt 14 zur Erweiterung der Wohnhausfiedlung am Mariendorfer Weg am 1. November 1920 in Anmarsch genommenen weiteren 14 Wohnhäuser sind vor kurzer Zeit zur Hälfte fertiggestellt und bezogen worden.

Die Hohenzollernbilder im Magistratsgebäude. Nachdem die U.P. in Gemeinschaft mit der S.D. beim Magistrat einen Antrag auf Entfernung der noch im Magistratsgebäude befindlichen Hohenzollernbilder eingebracht hatte, hat der Magistrat beschlossen, diesem Antrag zu entsprechen.

In dem Raubmordverfuch, der in Wannsee an dem Postanwärter Gerhardt verübt wurde, wird noch mitgeteilt: Bei den Ermittlungen der Kriminalpolizei wurde festgestellt, daß am Sonntag eine Gesellschaft von Damen und Herren in der Nähe der Ueberfallstelle am Wannsee ein durchdrücktes schwarzes Portemonnaie gefunden hat, in dem sich 250 M. befunden haben sollen.

Der Sozialdemokratische Männerchor „Friedrichshagen“ veranstaltet am Sonnabend, den 8. Oktober, in der „Neuen Welt“ im ersten Anstanzstr. 12, Abends: die Damen Aria Kausfeld (Soubrette), Rose Waller (Soprano); die Herren: A. Dornum (Bass), Propstler (Tenor), Konigsmeier im Fächermusikensemble. Beginn 7 1/2 Uhr. Nach dem Konzert: Ball. Eintrittspreis zum Konzert 3 M.

Eine Handtasche mit Inhalt ist bei der „Fauft“-Aufführung des Berliner Volkstheaters in der Neuen Welt gefunden und bis jetzt noch nicht abgegeben worden. Die Berlinerin kann sich unter Angabe von Merkmalen melden bei Frh. Dreßler, Berlin O. 112, Soma-lierstraße 10, vorn 3 Tr.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin.

1. Rekonjert (Sach-Verstehen) Leitung: Herr Eduard Mörike (1. Abteilungsleiter am Deutschen Opernhaus). Mitwirkende: Herr Weingarten König und das Philharmonische Orchester. Die Abonnementstellen sind noch nicht abgeschlossen. Es können noch neue Abonnement angenommen werden.

Treiben ringsum, und Lante Linchen, die ihr gegenüber sah, erwiderte ihr mit einem Kopfschütteln.

Baurat Brandstätter hatte die Frau van Steen zur Tischdame. Sie sprachen ausschließlich von der neuen elektrischen Bahn, die durch das Kloster fahren sollte, und unterhielten sich gut dabei.

„Nein,“ sagte sie dann jedesmal empört, und gefährlich die Augenbrauen runzelnd.

Oberlehrer Sanders hatte die Frau seines Kollegen Penner zur Tischdame. Sie schwärmte für neue Musik. „Sie auch, Herr Oberlehrer?“

„Nein, Ich schwärme nur für gute Musik.“

„Haha, natürlich. Das muß sie auch sein.“

„Also, dann sind wir ja wieder einmal einer Meinung. Wünschen Sie Roten oder Weißen?“

Henning hatte heimlich die Gläser mit seiner Braut getauscht. Langsam, genießerisch trank er nun aus ihrem Glas, die Spur ihrer Lippen am Rande suchend und lächelnd über seine List.

Herrmann profitierte ihm zu. Henning beugte sich weit über den Tisch zu ihm hinüber. „Auf gute Schwagerschaft!“ sagte er.

„Ja,“ sagte Herrmann. Er wollte ihm gerne etwas Netties sagen, aber er kam auf nichts Vernünftiges.

Die Musik spielte einen Blumenwalzer. Das Dessert kam. Man griff zum Sekt.

Herrmann, der am unteren Tischende saß, hatte als Tischdame eine entfernte Verwandte, Meta Kaminski, die einen ständigen Kampf mit ihrer gegenüberstehenden Mutter führte; alle zehn Minuten rief Frau Kaminski herüber: „Meta, ich gerade!“

Herrmann sprach von Berlin und seinen Theatern. Meta antwortete nicht, aus Angst, ihre gute Haltung einzubüßen.

Ihm gegenüber saß Fräulein, neben ihr der junge elegante Referendar. Sie lachte oft. Sie sollte nicht lachen, dachte Herrmann. Warum lacht sie über diesen Proleten, der da sitzt

wie ein kandierter Frosch? Sie hat Gazellenaugen, und es ist merkwürdig, wie gut ihre blauen Augen zu ihrem braunen Haar stehen. Es ist vornehm, diskret, gedämpft. Wan Dyd malte so etwas. Du da drüben bist die schmalhändige, sorgnierte Tochter eines seiner Edelleute. Mit dem müden ovalen Gesichtern. Und ein schlechter Fälscher hat dich in diese Ostabelche Bauernkneipe hineinkomponiert, wo man trampelt und brüllt und vor Behagen pläht.

Die Tafel wurde aufgehoben. Als er beim Aufstehen in ihre Nähe kam, konnte er eine Frage nicht unterdrücken: „Haben Sie sich's nun überlegt?“

„Was denn?“ fragte sie erschrocken.

„Heißen Sie nicht doch Sibilie?“

Sie lachte. „Ich habe überhaupt keinen Namen. Ich heiße „Fräulein“. Nichts weiter. Wie kommen Sie übrigens darauf?“

Henning kam und nahm den jungen Schwager unter den Arm. „Mein lieber Junge, wie bin ich glücklich!“

„Ja,“ sagte Herrmann zerstreut. Er sah Fräulein nach. Nun war ihre schlanke, leichte Gestalt im Nebenzimmer verschwunden.

Der dicke van Steen kam auf Fräulein zu. „Wissen Sie, Fräuleinchen, Sie sollten mal zu uns kommen.“

„Gern, Herr van Steen.“

„Nicht zu uns, Fräuleinchen. Meine Alte ist ja doch wohl anderer Meinung. Aber unserem Fräulein könnten Sie mal Gesellschaft leisten. Wir haben seit dem Ersten eins. Ein nettes Marzellchen. Bloß nicht so niedlich wie Sie.“

Und er packte Fräulein ein bißchen auf den Rücken. Van Steen hatte dem Bourgeois etwas heftig zugesprochen.

Fräulein antwortete nichts, sondern machte rechtsam lehr. „Sind Sie aber pagig!“ Van Steen begriff gar nicht, worüber Fräulein ärgerlich war.

Fräulein lachte kurz auf. Ihr war aber gar nicht lustig zumute. Ihre leichte Fröhlichkeit war verlogen. Ihre Unbefangenheit war for. Dachten alle so über sie und ihre Stellung wie dieser dicke, schmunzelnde Mann?

So trat sie auch Ideen Lothar gegenüber, der sie suchte. „Umhütern Sie sich gut?“ fragte er. Sie bejahte kühl, als sie eigentlich wollte. Lothar sah sie verduht an; dann fragte er vorsichtig: „Waren Sie in den letzten Tagen im Franziskaner-museum?“

(Fortf. folgt.)

Um den Andrang zu bewältigen,

der zufolge unserer außergewöhnlich billigen Angebote eingefehrt hat, bitten wir unsere verehrl. Kundschaft, uns nach Möglichkeit schon in den Vormittagsstunden zu besuchen. — Wir verkaufen, solange unsere Abchlüsse reichen, weiter zu diesen enorm billigen Preisen und empfehlen jedermann, sich in eigenem Interesse diese Gelegenheit nicht entgehen zu lassen.

Zweigniederlassung:
Spandau, Breite Straße 22

Der Schuhhof
Inb. Th. David
Schuhwaren-Groß- und Kleinhandlung
Berlin W 9, Linienstraße 11.

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus
Tristan und Isolde
6 Uhr

Schauspielhaus
Nathan der Weise
7 1/2 Uhr

Deutsch. Theater
Herodias, Marianna
Freitag 7 1/2 Uhr; Sonn.

Kammerspiele
8 Uhr: Der Bühnenhof
Freitag 7 1/2 Uhr: Die Jungfern
vom Bischenberg

Gr. Schauspielh.
(Karlstraße)
7 Uhr: Die Räuber
Freitag 7 1/2 Uhr: Die Räuber

Theater in der
Königgrätzer Str.
7.30 Uhr: Satans Maske
Mit dem Feuer spielen
(Orska, Rieman, Bildt)
Fr.: Die Fahrt ins Blaue

Komödienhaus
Täglich 8 Uhr:
Max Pallenberg
Hans Waßmann
im neuen Burleskenschw.

Jennys
Busanfreund

Berliner Theater
Täglich 7.30 Uhr:
Prinzessin
Olala
Fritzi Massary u. G.
Ralph Art. Roberts
H.Kiper Wally Koch

Central-Theater
8 Uhr: Die Postmeisterin
Deutsches Opernhaus
7 1/2 Uhr: Tosca
Friedr. Wilhelmstadt. Th.

8 Uhr: American Girl
Intimes Theater
8 1/2 Uhr: Die Spieluhr / Lauf
doch nicht immer nach
dem

Kleines Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Kiki (Lustsp.)
Lustspielhaus
8 Uhr: Die Schauspieler
Metropol-Theater

7.15 Uhr: Sträußlingerin
Neues Operntheater
8 Uhr: Kösigin d. Nacht
Neues Theater am Zoo

8 Uhr: Die ersten Sporen
Neues Volkstheater
7 1/2 Uhr: Jugendfreunde
Schiller-Th. Charlottenk.

8 Uhr: Richter v. Zalamea
Schloßpark-Th. Siedlitz
7 1/2 Uhr: Alles um Geld
Thalia-Theater

7 1/2 Uhr: Schim'lich, Lotte
Theat. n. Nollendorferplatz
3 1/2 Uhr: Pödelo
5 Uhr: Vetter aus Dingsda
Theater des Westens

7 1/2 Uhr: Braut d. Lucullus
Th. d. Kommandantenstr.
(Jüd. Künstler-Theater)
8 Uhr: Niewelle
Wallner-Theater

7 1/2 Uhr: Nixchen
Volkstheater. Walhalla-Th.
8 Uhr: Glocken v. Carneville

Residenz Theater
Täglich 8 Uhr:
Der König i. Paris
(Le Roi)
Lustsp. v. Fiers u. Callaret
Oiga Gumburg, Kaiser-Till,
Lotte Klinder, Eugen Keil,
Richard Senf, Lotte Dörfl

Kleines Theater
Täglich 8 Uhr:
Fri. Josette
- meine Frau
Eugen Burg, Carola Tietze
Falkenstein, Hans Albers

Trianon-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Tod u. Teufel
Vorher:
Der Kammerkammer
Ma Wölz, Erich Kaiser-
Titz, Käthe Haack, Soreth
Ressie Georg Altman

Admirals-Palast
7 1/2 Uhr: Abakadabra

Volkstheater
Theater am Bülowplatz
7 1/2 Uhr: Bauer als Millionär

Lessing-Theater
Heute u. folg. Tage 7 1/2 Uhr:
Die Spielereien
einer Kaiserin
Durlaux, Steinfück, Ulmer

Deutsches Künstler-Th.
Abendlich 7 1/2 Uhr:
Die Gallerie des Königs
(Leopoldine Konstantin)

Theater des Ostens
(Rosa-Theater)
7 1/2 Uhr:
Das Glück der
kleinen Zente

Komische
7 1/2 Oper 7 1/2
Direkt.: James Klein
Abendlich
Der
Herr der
Welt!

Große Ausstattungs-
Operationrevue
in 8 Bildern
in Szene gesetzt von
Direkt. James Klein
Worte von
Karl Breuschneider
Musik v. Karl Hajos
Hauptdarsteller:
Max Landa
Bruno Kastner
Sascha Gura
Franz Groß
Wilh. Hartstiel
Paul Westermeyer
Lotta Werkmeister
Albert Pawlig
Herta Richter
Erna Albert
Georgos Manvalet
Alfons Martini
Erich Bartel

Casino-Theater
Lothring. Str. 37
Tägl. 7 1/2 u. volkstümli. Pr.
der größte Heiterkeitst.
Exzellenz Maxe
Posse in 3 Akten
u. 6. erstkl. Beprogramm
Sig. 3 1/2; Pantoffelheld

APOLLO
THEATER
Tägl. 8 Uhr
Unter allabendlicher
Leitung
d. Komponisten
Paul Linke
Fran Lina
Große
Ausstattungs-
operette
Oscar Sahn u. G.
Eise Berner
Fritzi Arca
Barfin Keitner
Fritz Stiel
Orig. Grigolatto
Luftballett
Tageskasse un-
unterbr. geöfnt.

Circus Busch

(Tel. 7 1/2, Semst. auch 8 U.)
Die
Mundreklame
hat eingesetzt!
Nehmen Sie Ihre
Karten im Vorverkauf!
Sonnt. nachm. 3 Uhr
1 Kind frei

WINTERARTEN
Relax
Varieté-Programm!
Ranchen gestattet!

Folies Caprice
Linienstr. 122,
am Oranienburger Tor
Täglich 8 Uhr:
Nanons Debut
Posse mit Gesang von
L. Leonhard
mit Pers. Gränocker
Tel.: Norden 1050

Passage-Varieté
BIER-KABARETT
Dir.: M. Soliman
Behrenstr. 52
8 Uhr
Robert Steidel
Mar. Fischer u. F. Schulz
Henry Vigla u. E. Davin
Emal Parro
u. die and. erstklassig.
! Attraktionen!

Täglich
8 Uhr
Gamsakourdia
und Demidoff
das berühmte russische Tänzerpaar
Ben Abdullah 11 Wüstensöhne
Walter Steiner / Lapp & Habel
die urkomisch.
Parodisten

DEMPSEY-CARPENTIER
Der Boxkampf des Jahrhunderts
Uraufführung für ganz Deutschland
weitere
7 Varieté-Attraktionen

Zur Haupt- und Schlussziehung der
Prozess-Steck-Lotterie
vom 16. Oktober bis 14. November
Prämien und Hauptgewinne:
2 x 750 000 2 x 250 000
4 x 500 000 4 x 200 000
4 x 300 000 4 x 100 000
sind Kauflose noch vorrätig
50 M., 100 M., 200 M., 400 M., Porto 60 Pf.
extra
Fr. Müller BERLIN W 35
Verderscher Markt 19
Verderscher Markt 19

Militär-Mäntel
Pabelnhaft
billige
Preise!
Militär-Röcke
Sehnröcke m. 35-60 | et durch-
Schaftstiefel m. 50 u. 60 | reitert
Herren-Ülster, 2000 . . . 100 M. | neu
Herren-, Damen- u. Futterstoffe | besohlt
konkurrenzlos billig |
ferner große Auswahl Leder- |
sachen, Schienleder zu außerord. bill. Preisen
Elslehner Str. 11 Franseckyst. 28 Spandau
E. Rankstr. a. 209 Ecke Rykestr. Charlottenstr. 2
Potsdamer 2667 Humboldt 2294 Tel. Spandau 429
Frankfurter Allee 117. Cöpenicker Str. 100 Charlottenbg.
Reinickendorfer Straße 87 Ecke Moabit 1702
(Nebenschluß)

Spezial-Behandlung
von Geschlechts-, Haut- und Nervenleiden jeder
Art bei Männern u. Frauen, Spez. veralt. Harnl., nerv.
Schwäche usw. ohne Operation u. Berufsstörung. Bes-
sonders für Kranke, welche anderwärts nicht ausge-
heilt worden sind. Anwend. d. wissenschaftl. anerkannt.
u. gütlich bewährten künstl. Hönensonne (Blutunter-
suchung). Sprechst. 11-12 4-7 Sonnt. 12-1 Uhr.
Dir. Hermanns, Elsasser Str. 42, I
(4 Min. v. Stett. Bkt.)

Relaskanien-Ta

Stettiner
Sänger
Abds. 7 1/2 u.
Sonnt. nachm. 3
Nehm. 1/2 Pr.
Varieté-Dor-
hoff-Brettel.

Theat. n. Kottbus. Tor
Tel. Moritzpl. 15077
Tägl. 7 1/2 Uhr
Elite-Sänger
Sonabend, 4 Uhr
Rindermädchen-
Vorstellung, Scher-
weihen u. Hosten-
tar, Kleinstücke.
Woch. 11-12 u. 4-6

L.T.L.
Luisen-Theater
Lichtspiele
34 Reichenberger Str. 34
Uraufführung:
Neptuns Tochter
mit Annette Kellermann
Anfang 6.30 - 8.45
Freitag: Programm-
wechsel - 2 große
Erst-
aufführungen
Großes Orchester

Geöffnet 9-1
Xui Selbstziehung
Anzüge
Cutaways, Ulster, Karlan,
Robastert, moderne Sachen,
bequeme Diste, Ratmahl.
(Rein Soben)
Leiser Gottlieb
Reichenberger Str. 22 a
Sonntag 9-1

ÖFEN
Eiserne &
transportable Koch-
öfen
50-500 Liter Fassungsvermögen
Direkt ab Werk 10
Berlin 5, 14

Krause

Pianos
zur
Miete
Ansbacher Straße 1,
Ecke Kurfürstentor.

Gold
Platin
Silber
Brillanten
Mäuzen
Zahngelüste
Aufsat zum
Auslandstour
K. Rehlert
Berlin
Cottbinger Str. 34

ÖFEN
Eiserne &
transportable Koch-
öfen
50-500 Liter Fassungsvermögen
Direkt ab Werk 10
Berlin 5, 14

ÖFEN
Eiserne &
transportable Koch-
öfen
50-500 Liter Fassungsvermögen
Direkt ab Werk 10
Berlin 5, 14

ÖFEN
Eiserne &
transportable Koch-
öfen
50-500 Liter Fassungsvermögen
Direkt ab Werk 10
Berlin 5, 14

ÖFEN
Eiserne &
transportable Koch-
öfen
50-500 Liter Fassungsvermögen
Direkt ab Werk 10
Berlin 5, 14

ÖFEN
Eiserne &
transportable Koch-
öfen
50-500 Liter Fassungsvermögen
Direkt ab Werk 10
Berlin 5, 14

ÖFEN
Eiserne &
transportable Koch-
öfen
50-500 Liter Fassungsvermögen
Direkt ab Werk 10
Berlin 5, 14

ÖFEN
Eiserne &
transportable Koch-
öfen
50-500 Liter Fassungsvermögen
Direkt ab Werk 10
Berlin 5, 14

ÖFEN
Eiserne &
transportable Koch-
öfen
50-500 Liter Fassungsvermögen
Direkt ab Werk 10
Berlin 5, 14

ÖFEN
Eiserne &
transportable Koch-
öfen
50-500 Liter Fassungsvermögen
Direkt ab Werk 10
Berlin 5, 14

ÖFEN
Eiserne &
transportable Koch-
öfen
50-500 Liter Fassungsvermögen
Direkt ab Werk 10
Berlin 5, 14

ÖFEN
Eiserne &
transportable Koch-
öfen
50-500 Liter Fassungsvermögen
Direkt ab Werk 10
Berlin 5, 14

ÖFEN
Eiserne &
transportable Koch-
öfen
50-500 Liter Fassungsvermögen
Direkt ab Werk 10
Berlin 5, 14

ÖFEN
Eiserne &
transportable Koch-
öfen
50-500 Liter Fassungsvermögen
Direkt ab Werk 10
Berlin 5, 14

ÖFEN
Eiserne &
transportable Koch-
öfen
50-500 Liter Fassungsvermögen
Direkt ab Werk 10
Berlin 5, 14

ÖFEN
Eiserne &
transportable Koch-
öfen
50-500 Liter Fassungsvermögen
Direkt ab Werk 10
Berlin 5, 14

ÖFEN
Eiserne &
transportable Koch-
öfen
50-500 Liter Fassungsvermögen
Direkt ab Werk 10
Berlin 5, 14

ÖFEN
Eiserne &
transportable Koch-
öfen
50-500 Liter Fassungsvermögen
Direkt ab Werk 10
Berlin 5, 14

ÖFEN
Eiserne &
transportable Koch-
öfen
50-500 Liter Fassungsvermögen
Direkt ab Werk 10
Berlin 5, 14

ÖFEN
Eiserne &
transportable Koch-
öfen
50-500 Liter Fassungsvermögen
Direkt ab Werk 10
Berlin 5, 14

ÖFEN
Eiserne &
transportable Koch-
öfen
50-500 Liter Fassungsvermögen
Direkt ab Werk 10
Berlin 5, 14

ÖFEN
Eiserne &
transportable Koch-
öfen
50-500 Liter Fassungsvermögen
Direkt ab Werk 10
Berlin 5, 14

ÖFEN
Eiserne &
transportable Koch-
öfen
50-500 Liter Fassungsvermögen
Direkt ab Werk 10
Berlin 5, 14

ÖFEN
Eiserne &
transportable Koch-
öfen
50-500 Liter Fassungsvermögen
Direkt ab Werk 10
Berlin 5, 14

ÖFEN
Eiserne &
transportable Koch-
öfen
50-500 Liter Fassungsvermögen
Direkt ab Werk 10
Berlin 5, 14

ÖFEN
Eiserne &
transportable Koch-
öfen
50-500 Liter Fassungsvermögen
Direkt ab Werk 10
Berlin 5, 14

ÖFEN
Eiserne &
transportable Koch-
öfen
50-500 Liter Fassungsvermögen
Direkt ab Werk 10
Berlin 5, 14

ÖFEN
Eiserne &
transportable Koch-
öfen
50-500 Liter Fassungsvermögen
Direkt ab Werk 10
Berlin 5, 14

ÖFEN
Eiserne &
transportable Koch-
öfen
50-500 Liter Fassungsvermögen
Direkt ab Werk 10
Berlin 5, 14

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin / n. 54, Erlenstr. 83-85
Geschäftsjahr vom 1. 10. bis 31. 9. 1921
Telephon: Kant. Norden 155, 1232, 1987, 9714.

Freitag, den 7. Oktober, abends 8 Uhr, im
Café von Döhlung, Brunnenstr. 79:

Verammlung
der Wähler, Wählerinnen und aller in
den Elektromotorbetrieben Beschäftigten
Tagesordnung: 1. Anfecht. Lohn- und Tarif-
verhandlungen. 2. Branchenanliegenheiten.
Pünktliches und zahlreiches Erscheinen aller Kolleginnen
und Kollegen ist unbedingt erforderlich.
9/14 Die Ortsverwaltung.

Martin Breslauer,
Verlagsbuchhändler und Antiquar
Berlin S. 8 Kranzburger Str. 45

Teppiche
kauft man am besten in dem seit
50 Jahren bestehenden
Teppichhaus
Brünn
Hackescher Markt 4
am Bahnhof Börse
große Auswahl!
Billigste Preise!

Sie sind arbeitslos?
Und Sie brauchen so nötig Geld? Wir können Ihnen,
wenn Sie mit Publikum umgehen verstehen und ernst-
lich bemüht sind, unermüdet und fleißig zu arbeiten,
eine gute Stellung bzw. hohen Nebenverdienst bieten.
Schnelle kostenlose Einarbeitung sichern wir Ihnen zu.
Vorbereitung 9-11 Wuhlfahrer, 12, 2 Treppen rechts.

Industrie-Niederlage
H. Lamprecht, Berlin-Prepomm. Dönhofsstr. 17
Befest. Markt an Preuss. Stoffe für Herren und
Damen in Fabrikpreisen. Mäntel- und Palettenstoffe
Erfolgreich von 1/2-7 Uhr.

Der Schuhhof

Inb. Th. David
Schuhwaren-Groß- und Kleinhandlung
Berlin W 9, Linienstraße 11.

Der Schuhhof
Inb. Th. David
Schuhwaren-Groß- und Kleinhandlung
Berlin W 9, Linienstraße 11.

Der Schuhhof
Inb. Th. David
Schuhwaren-Groß- und Kleinhandlung
Berlin W 9, Linienstraße 11.

Der Schuhhof
Inb. Th. David
Schuhwaren-Groß- und Kleinhandlung
Berlin W 9, Linienstraße 11.

Der Schuhhof
Inb. Th. David
Schuhwaren-Groß- und Kleinhandlung
Berlin W 9, Linienstraße 11.

Der Schuhhof
Inb. Th. David
Schuhwaren-Groß- und Kleinhandlung
Berlin W 9, Linienstraße 11.

Der Schuhhof
Inb. Th. David
Schuhwaren-Groß- und Kleinhandlung
Berlin W 9, Linienstraße 11.

Der Schuhhof
Inb. Th. David
Schuhwaren-Groß- und Kleinhandlung
Berlin W 9, Linienstraße 11.

Der Schuhhof
Inb. Th. David
Schuhwaren-Groß- und Kleinhandlung
Berlin W 9, Linienstraße 11.

Der Schuhhof
Inb. Th. David
Schuhwaren-Groß- und Kleinhandlung
Berlin W 9, Linienstraße 11.

Der Schuhhof
Inb. Th. David
Schuhwaren-Groß- und Kleinhandlung
Berlin W 9, Linienstraße 11.

Der Schuhhof
Inb. Th. David
Schuhwaren-Groß- und Kleinhandlung
Berlin W 9, Linienstraße 11.

Der Schuhhof
Inb. Th. David
Schuhwaren-Groß- und Kleinhandlung
Berlin W 9, Linienstraße 11.

Der Schuhhof
Inb. Th. David
Schuhwaren-Groß- und Kleinhandlung
Berlin W 9, Linienstraße 11.

Der Schuhhof
Inb. Th. David
Schuhwaren-Groß- und Kleinhandlung
Berlin W 9, Linienstraße 11.

Der Schuhhof
Inb. Th. David
Schuhwaren-Groß- und Kleinhandlung
Berlin W 9, Linienstraße 11.

Der Schuhhof
Inb. Th. David
Schuhwaren-Groß- und Kleinhandlung
Berlin W 9, Linienstraße 11.

Der Schuhhof
Inb. Th. David
Schuhwaren-Groß- und Kleinhandlung
Berlin W 9, Linienstraße 11.

Der Schuhhof
Inb. Th. David
Schuhwaren-Groß- und Kleinhandlung
Berlin W 9, Linienstraße 11.

Der Schuhhof
Inb. Th. David
Schuhwaren-Groß- und Kleinhandlung
Berlin W 9, Linienstraße 11.

Der Schuhhof
Inb. Th. David
Schuhwaren-Groß- und Kleinhandlung
Berlin W 9, Linienstraße 11.

Der Schuhhof
Inb. Th. David
Schuhwaren-Groß- und Kleinhandlung
Berlin W 9, Linienstraße 11.

Der Schuhhof
Inb. Th. David
Schuhwaren-Groß- und Kleinhandlung
Berlin W 9, Linienstraße 11.

Der Schuhhof
Inb. Th. David
Schuhwaren-Groß- und Kleinhandlung
Berlin W 9, Linienstraße 11.

Der Schuhhof
Inb. Th. David
Schuhwaren-Groß- und Kleinhandlung
Berlin W 9, Linienstraße 11.

Der Schuhhof
Inb. Th. David
Schuhwaren-Groß- und Kleinhandlung
Berlin W 9, Linienstraße 11.

Der Schuhhof
Inb. Th. David
Schuhwaren-Groß- und Kleinhandlung
Berlin W 9, Linienstraße 11.

Der Schuhhof
Inb. Th. David
Schuhwaren-Groß- und Kleinhandlung
Berlin W 9, Linienstraße 11.

Der Schuhhof
Inb. Th. David
Schuhwaren-Groß- und Kleinhandlung
Berlin W 9, Linienstraße 11.

Der Schuhhof
Inb. Th. David
Schuhwaren-Groß- und Kleinhandlung
Berlin W 9, Linienstraße 11.



In jedem Laden kaufst
Du ihn,
Den besten Schuhputz von Berlin
Urbin

Schuhputz Urbin
überall zu beziehen
Terpentinöl-Ware
in Dosen mit Bänderchen
Man verlange in allen einschlägigen Geschäften ausdrücklich
Urbin - Terpentinölware, die noch nie erreichte Qualität!

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Ortsverwaltung Groß-Berlin.
Freitag, den 7. Oktober 1921, abends 8 1/2 Uhr,
im großen Saal des Lehrervereinshauses, Alexanderstr. 41:

Funktionär-Versammlung
für alle im Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter
organisierten Funktionäre der Gemeinde- u. Staatsbetriebe
Tagesordnung:
Organisationsfragen.

Bei der außerordentlichen Beibehaltung der zur Behandlung hohen Angelegen-
heit ist vollständiges Erscheinen Pflicht. - Eintritt nur gegen Vorlegung des Mit-
gliedsbuches und Funktionärenweises.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung
Berlin
Streifende Holzarbeiter!
Freitag, den 7. Oktober 1921, vormittags 9 Uhr,
in den Kammerböden, Tellower Str., Ecke Belle-Alliance-Str.:

Versammlung
aller streifenden Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes.
Tagesordnung:
1. Können die Holzarbeiter den Schiedsspruch annehmen?
2. Diskussion und Beschlussfassung.
Die Ortsverwaltung.

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!

Als Selbsthersteller liefere ich in Qualität und Preis einzig dastehende
Trauringe

1 Trauring, Duk. gold v. 78 M. an
1 Trauring, Duk. gold
(schwere Ausführung) 260 M.
1 Ring, 585 gest. v. 65-200 M.
1 Ring, 333 gest. v. 30-100 M.
Garantiesch. f. gesetzl. Goldinh.
Ankauf von Gold-, Silber-, Platinbruch
infolge Selbstverweigerung z. denk. günstigen Preisen
Brillanten z. Auslandskurs.

M. Wiese, Juwelier, Artilleriestr. 30.
Teleph.
Norden
1030

Kreuz-, Silber-, Zohelflechte

von 175 Mark an
Pelzhaus Jägermann
Oran

